Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.

Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Botengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Goldpfennig der Doppelnummer 15 Goldpfennig. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheckkonto Amt Köln 24 635.

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.

Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 100 Goldpfennig. Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheckkonto Amt Köln 24 635

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Donnerstag den 18. März 1926 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage — **103. Jahrgang — Nr. 64 (1. Blatt)**

Was steht im Hintergrund?

⊙ Von einem unserer außenpolitischen Mitarbeiter wird uns zu den Vorgängen in Genf geschrieben:

Die Verhältnisse, wie sie sich in Genf entwickelt haben, sind durchaus unerfreulich. Es ist nicht gut möglich, hier von Deutschland aus die Sachlage vollends zu überblicken, weil wir doch mehr im Dunkeln tappen als unsere maßgebenden Kreise in Genf. Wenn man aber alles in allem betrachtet, so muß man aber zu der Ueberzeugung kommen, daß die Abmachungen, die jetzt in Genf getroffen werden, wieder einmal auf Kosten Deutschlands gehen. Das muß im gegenwärtigen Augenblick umso mehr Wunder nehmen, als doch Genf den Abschluß des Locarnovertrages bedeutet, der seinerseits wiederum den Haupteckpfeiler des künftigen Friedens Europas darstellen soll.

Wenn Briand und Chamberlain das, was sich in Genf jetzt vollzieht, schon vorher gewußt haben, wenn sie es duldeten, sogar unterstützten, so kann man ihnen den Vorwurf nicht vorenthalten, daß England damit das von ihnen so geheiligte „fair play" von seinem hohen Pedent heruntergerissen hat, daß sie sich an den elementaren Geboten politischer Loyalität, an der Befriedung Europas und damit dem Frieden der ganzen Welt schwer vergangen haben. Man fragt sich mit Recht, wie kommt auf einmal das kleine Polen dazu, das Werk von Locarno in äußerste Gefahr zu bringen und das Fundament zerstören zu wollen, auf dem es schließlich doch selbst auch steht. Entweder Briand und Chamberlain haben in Locarno hinter dem Rücken Deutschlands durch ein Geheimabkommen den Polen den Ratssitz fest versprochen, und dadurch können wir sie nicht von dem schweren Vorwurf der Hinterhältigkeit freisprechen, oder aber es stehen andere Dinge im Hintergrund, die ihnen trotz besten Willens die Bewegungsfreiheit nehmen. Briand hat, das wollen wir ohne weiteres anerkennen, einen schweren Stand gegenüber der Rechten in Frankreich und muß von sich aus gewiß alles tun, um sich und sein Kabinett durchzulavieren. Es ist deshalb begreiflich, wenn er alles daran setzt, um Polen in jeder Weise zu unterstützen. Daß Frankreich trotz aller Sicherheiten von Locarno noch immer eine gewisse Furcht vor Deutschland hegt, das zeigen am besten wieder die jetzigen Vorgänge in Genf.

Wie kommt aber England zu dieser Haltung? Chamberlain handelt gegenwärtig im Gegensatz zur englischen öffentlichen Meinung und zu der Mehrzahl seiner Kabinettsmitglieder. Das haben die verschiedenen Vorverhandlungen in London gezeigt, das zeigt ferner die ganze Haltung der englischen Presse. Sollte auch hier wiederum die englische Lage im Orient mitspielen? Schon einmal hat es Frankreich verstanden, auf England einen ungeheuren Druck durch die Regelung der Orientfragen auszuüben. Wenn man der englischen Presse Glauben schenken will, so liegt dieses Mal wieder ein ähnlicher Fall vor und zwar bezüglich der Ratifizierung des Vertrages über Frankreichs absolute Neutralität im Falle des Konflikts der Türkei mit einer dritten Macht. Hier hat Frankreich bezüglich des Transportes türkischer Truppen über syrische Strecken der Bagdad-Bahn der Türkei Konzessionen gemacht, die in England in allen politischen Lagern und in Militärkreisen schwerste Bedenken ausgelöst haben. Es ist daher wohl glaubhaft, wenn nunmehr verlautet, daß die englische Regierung die Abänderung dieses Vertrages und eine wesentliche materielle Einschränkung der französischen Zugeständnisse an die Türkei und dieses wiederum nur mit einem Entgegenkommen ihrerseits in Genf habe durchsetzen können. Um Polens schöner Augen willen hat England gewiß nicht nachgegeben, sondern es muß hier von irgend einer Seite ein gewaltiger Druck ausgehen, der das stolze England, wie früher schon einmal, wieder in diese zwiespältige Lage bringt.

Entwicklungsmöglichkeiten der rheinischen Landwirtschaft.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Frhr. von Lüninck, in Jülich.

♂ Jülich, 17. März.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die rheinische Landwirtschaft und für den Präsidenten der rheinischen Landwirtschaftskammer, Frhrn. von Lüninck, gestaltete sich die gestrige gemeinsame Tagung der Lokalabteilung und des Kreisvereins des Rheinischen Bauernvereins. Mitglieder des Kreis Jülicher Reit- und Fahrvereins ritten dem Auto des Präsidenten bis in der Nähe des Wasserturms entgegen, eine Ehrung, über die der Präsident sichtlich erfreut war. Der große Saal der Landskrone war nach Eintreffen des Redners innerhalb weniger Minuten dicht gefüllt. Der Vorsitzende der Lokalabteilung, Herr Landrat Dr. Burggraef, gab in seiner Begrüßungsansprache der allgemeinen Freude Ausdruck, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, dem es gelegentlich der Jahrtausendfeier leider nicht möglich gewesen sei, nach Jülich zu kommen, jetzt begrüßen zu können. Aus dem warmherzigen Empfang werde er ersehen haben, mit welchem Vertrauen die landwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises Jülich zu dem berufenen Vertreter ihrer Interessen aufschaue. Die Kreis Jülicher Landwirtschaft stehe im deutschen Vaterland in dem Ruf, einer der besten zu sein. Das schließe aber nicht aus, daß die Krise auch die Landwirtschaft des Kreises Jülich in dem gleichen Maße wie anderwärts getroffen habe.

Sodann sprach Frhr. von Lüninck in gut einstündigem Vortrage über das Thema:

Entwicklungsmöglichkeiten der rheinischen Landwirtschaft.

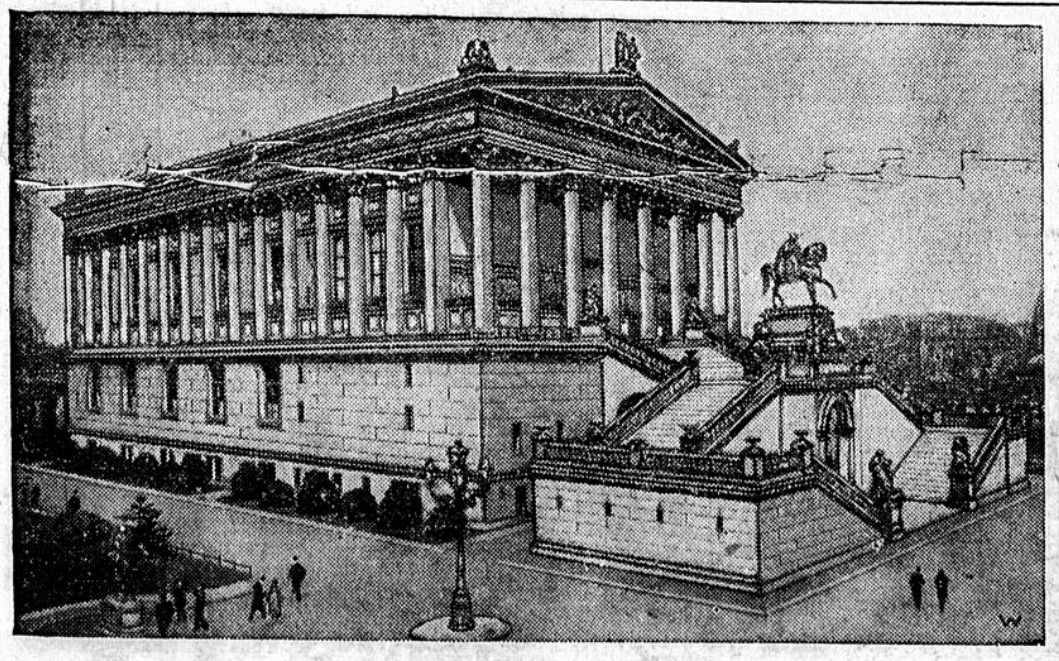
Wir entnehmen dem mit größter Aufmerksamkeit verfolgten Vortrage folgendes:

Einleitend dankte der Präsident für den herzlichen Empfang, besonders durch die ländlichen Reiter, aus dem er entnehme, daß ein gewisser inniger Konnex über äußere Formen hinweg zwischen der Landwirtschaft des Kreises Jülich, der Landwirtschaftskammer und vielleicht auch ihm persönlich bestehe. Dieses Vertrauensverhältnis sei erste und wichtigste Grundlage jeder Organisation. Er sei überzeugt, daß nur durch ein solches reges Zusammenarbeiten zwischen der Landwirtschaft und den Persönlichkeiten, die ohne Rücksicht auf ihre schwache Kraft erstere an die Spitze ihrer Organisation berufen hätten, der Weg frei werde zum Wiederaufstieg des landwirtschaftlichen Berufsstandes und des gesamten Vaterlandes. Das Jülicher Land dürfe mit einem gewissen Stolze darauf hinweisen, daß es hinsichtlich seiner Landwirtschaft an der Spitze aller Kreise und Bezirke im Vaterlande marschiere und daß es auch bezüglich des inneren Zusammenarbeitens anderen Bezirken als Vorbild dienen könne und dienen möge. Der ärgste Fehler der landwirtschaftlichen Berufsgenossen sei der, daß sie den Streit in die eigenen Reihen hineintragen und sich von den Gegnern des landwirtschaftlichen Berufsstandes aufhetzen ließen, statt eine gemeinsame Front zur Vertretung ihrer Lebensinteressen zu bilden. Die Landwirtschaft könne sich nur dann einen Platz an der Sonne erobern und ihn behaupten, wenn sie in ihren eigenen Reihen einig und geschlossen sei.

Zu seinem Thema übergehend, führte Redner u. a. aus: An der Spitze meiner Ausführungen stelle ich folgendes: So sehr unsere gegenwärtige Notlage unsere Landwirtschaft bedrückt, haben wir doch das eine festzustellen, daß nicht allein die Landwirtschaft Not leidet im Vaterland, sondern die landwirtschaftliche Not ist nur ein Ausschnitt aus der furchtbaren Wirtschaftsnot aller Bevölkerungsschichten und aller Stände. Daraus ziehe ich den ungeheur wichtigen Schluß, den der einzelne Berufsstand nur allzu leicht vergißt: Es ist eine völlige Unmöglichkeit, eine Besserung der landwirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wenn andere Berufsstände glauben, der Schaden der Landwirtschaft sei ihr Nutzen. Das deutsche Volk und die einzelnen Berufsstände sind so eng aufeinander angewiesen, daß unter allen Umständen der Vorteil des einen auch der Vorteil des anderen ist. Ist nicht eine der wesentlichsten Ursachen der geringen Rentabilität der Landwirtschaft in der Tatsache zu suchen, daß die Massen der deutschen Verbraucher, die Industriearbeiterschaft und die großstädtische Bevölkerung, in ihrer Kaufkraft aufs äußerste geschwächt sind? Die Krise der Landwirtschaft ist eben in erster Linie eine Absatzkrise. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch eine Notlage der Industrie, hervorgerufen in erster Linie durch die Tatsache, daß der innerdeutsche Markt und die deutsche Landwirtschaft nicht mehr aufnahmefähig ist für Industrieprodukte. Es ist unmöglich, die deutsche Wirtschaft zu gesunden durch den Ruin der deutschen Industrie und ebenso unmöglich, Industrie und Handel bessern zu wollen auf Kosten der deutschen Landwirtschaft. Vergessen Sie niemals, daß Landwirtschaft und Arbeiterschaft auf einander angewiesen sind und zusammenarbeiten müssen zur Rettung des Staates. Ein Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Arbeiterschaft besteht nicht; er wird nur künstlich konstruiert von Klassenkämpfern, die daran ihre Parteisuppe kochen möchten. Es ist wichtig, daß wir bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten diese Grundtatsache wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit festhalten.

Redner ging sodann näher auf die Weltwirtschaft ein, die sich in dem letzten eineinhalb Jahrzehnt vollkommen verschoben habe, infolgedessen wir heute nicht mehr dieselben Gedankengänge fortsetzen könnten wie in der Vorkriegszeit. Die deutsche Volkswirtschaft wird, fuhr Redner fort, im Rahmen der europäischen Wirtschaft, ob sie sich dagegen sträubt oder nicht, gezwungen sein, sich auf ihre eigene Kraft zu besinnen und der Tatsache Rechnung zu tragen haben, daß wir in erster Linie auf die Ausnützung des wechselseitigen Austauschs angewiesen sind, statt den Utopien eines Exports nachzujagen, die in absehbarer Zeit unerreichbar sind. Für die deutsche Wirtschaft kommt noch hinzu, daß wir in ungeheurem Maße den sog. ehemaligen Feindbundstaaten tributpflichtig geworden sind. Amerika, die Vereinigten Staaten, die selbstverständlich nur um der Ideale der Völkerversöhnung willen, der Herbeiführung eines neuen Zeitalters, in den Krieg eingetreten sind, haben bei der Kriegführung ihr Volksvermögen um 180 Milliarden vermehrt, also gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt. Selbstverständlich war das nicht der Zweck ihres Eintritts in den Krieg, sondern nur Gerechtigkeit und Volksversöhnung, aber die angeführte Tatsache ist doch ganz interessant. Im Dawesplan hat das deutsche Volk Lasten auf seine Schultern genommen, die den Wenigsten eindrucksmäßig bekannt geworden sind. Auch das ist eine Tatsache, die wir zwar feststellen, im Augenblick aber zu ändern nicht in der Lage sind, der wir jedoch offen und ehrlich ins Auge sehen wollen.

Ein weiteres Moment ist die innerdeutsche Entwicklung: Das gesamte, in der deutschen Wirtschaft vorhandene Eigenkapital, also das Betriebskapital, das gesamte Vermögen des deutschen Mittelstandes, ist von der Inflation restlos aufgezehrt worden. Während in der Vorkriegszeit Industrie und Landwirtschaft fast völlig mit eigenem Betriebskapital arbeiten konnten, haben sie jetzt nur noch 5 Prozent aufbringen können, das übrige muß von außen hereingebracht werden. Wieder eine Tatsache, die wir erkennen und werten, ohne sie ändern zu können. Statt daß diese Not unseres Volkes nun alle Schichten zusammenschweißt zu einer Gemeinschaft mit der Front nach außen, sehen wir gerade das Gegenteil und eine beispiellose



50 Jahre Nationalgalerie.

In diesem Monat feiert die Berliner Nationalgalerie ihr 50jähriges Bestehen. In den Jahren 1866—76 wurde der Bau nach Friedrich Wilhelm IV. Entwurfsangaben von Strack errichtet. Wie die Ueberschrift sagt, soll er der deutschen Kunst gewidmet sein. Mit den meisten Werken sind Böcklin und Menzel vertreten.



Immer noch Konferenz in Genf.

Besprechung Briands mit dem japanischen Völkerbundsvertreter Graf Ishii. Inzwischen ist die Konferenz, wie an anderer Stelle berichtet, infolge des Widerstandes Brasiliens aufgeflogen und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund bis zum Herbst vertagt. Vielleicht wird die Tragödie von Genf hier und da auch noch innerpolitische Folgen haben.

Zerrissenheit in sozialer und politischer Hinsicht, die wiederum hemmend auf das Wirtschaftsleben einwirkt. Wiederum eine Tatsache, die wir als solche feststellen und in ihrer wirtschaftlichen Tragik werten. Wir haben erlebt, daß sich auch in unserem gesamten Verwaltungs- und Staatsorganismus eine Art Inflation bemerkbar machte, zwar keine Billioneninflation, sondern eine Uebersättigung des Verwaltungskörpers, die ein vielfaches der Vorkriegszeit erreichte und die auf die Dauer von unserer Wirtschaft nicht getragen und ertragen werden kann. Dadurch wurde die gesamte öffentliche Belastung um reichlich 150 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert, trotz des verlorenen Krieges, trotz geschwächter Kaufkraft und trotz unserer Tributpflichten. Das ist wieder eine Tatsache.

Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor der Tatsache, daß wir in den Jahren nach dem Kriege in Landwirtschaft, Industrie und Handel technisch und organisatorisch zurückgeblieben sind. Das ist unerfreulich, aber es hat keinen Zweck, vor solchen unleugbaren historischen Tatsachen die Augen zuzumachen. In unserer Nachbarschaft, in Holland, Dänemark, Schweiz, in Nordamerika sehen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung, der unseren technischen Fortschritten vorausgeeilt ist, während wir um einige Jahre zurückgeblieben sind sowohl in Handel, Industrie wie in der Landwirtschaft.

Zusammenfassend stellte der Redner die Hauptmomente unserer Wirtschaftsnot zusammen:

1. Vernichtung der großen Absatzgebiete, in welche die deutsche Industrie ihre Produkte abstoßen konnte.
2. Vernichtung des deutschen Eigen-Betriebskapitals durch die Inflation.
3. Politische Zerrissenheit des deutschen Volkes in beispiellosem Ausmaß.
4. Uebersetzung und Aufblähung des gesamten Verwaltungsapparats in Reich, Staat, Kreis und Gemeinde.
5. Zurückbleiben der Technik auf allen Gebieten der Wirtschaft und der Wirtschaftsorganisation.

Daraus entwickelte sich, fuhr Redner fort, jene äußere Erscheinung der Krisis, die wir heute beobachten können.

Die Masse der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe hat im vergangenen Jahre mit Defizit gearbeitet. Von allen buchführenden Wirtschaften haben 78 Prozent glatt mit Defizit abgeschnitten, während 10 weitere Prozent keinen Verdienst und keinen Verlust haben. Wenn man nun die Tatsache berücksichtigt, daß die buchführenden Betriebe die bestgeleiteten sind, dann haben mindestens vier Fünftel aller landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer Wirtschaft Verluste erlitten.

In der Industrie ist es nicht viel anders. Konkurse und Geschäftsaufsichten weisen ihr den Weg. Im Handel ist es ebenso. In der Landwirtschaft sehen wir eine wachsende Verschuldung des Grundbesitzes und der Höfe. In den letzten 1½ Jahren zeigt diese Verschuldung ein erschreckendes Tempo, sodaß man verzweifeln möchte. In dieser Zeit wurden allein von der Landwirtschaft der Rheinprovinz 270 Millionen Mark neuer Schulden aufgenommen, darunter 2½ Millionen Wechselschulden. Wir sahen, daß die Betriebe völlig unrentabel wurden, das Eigenkapital durch die Inflation zerstört wurde und weitere Kredite nicht zur Verfügung stehen; also: Extensivierung der Wirtschaft auf der ganzen Linie.

Eine düstere Lage. Legen Sie es mir nicht zur Last, daß das Bild in recht dunklen Farben gehalten ist. Aber wir habenn uns auch in dieser anscheinend verzweifelten Situation die Frage vorzulegen: Wo und an welcher Stelle können wir Hand anlegen, um den drohenden Verfall aufzuhalten und den Weg zur Besserung zu finden.

Es ist in den letzten zwei bis drei Jahren sozusagen zur Mode geworden, bei jeder Notlage nach dem Papa Staat zu rufen und die Hilfe der Oeffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Wenn diese Hilfe des Staates von allen Seiten gleichmäßig stark in Anspruch genommen wird, dann wird diese Hilfe aufgebracht mit Mitteln, die auf der anderen Seite der Wirtschaft wieder mit Gewalt abgepreßt werden. Es ist ein Widerspruch, auf der einen Seite der Wirtschaft das beste Blut abzuzapfen, um es ihr an einer anderen Stelle mit einem künstlichen Apparat wieder einzuflößen. Besser wäre es, der Staat und die öffentliche Hand verzichteten auf einen großen Teil der Fürsorgetätigkeit, ließen aber der Wirtschaft das Kapital zur eigenen Verfügung; dann hätten wir weit mehr in der Hand, als es jetzt der Fall ist.

Für uns steht das eine voran: Wir müssen uns weniger auf die Staatshilfe verlassen, als eine Besserung durch eigne Kraft erwarten.

Hat nun die Landwirtschaft alles getan, was möglich war zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krisis? Ist die rheinische Landwirtschaft auf der Höhe? Die Frage kann unmöglich mit einem glatten Ja beantwortet werden. Wer Gelegenheit hat, den Unterschied in der Betriebsweise dieses und jenes Hofes und dieser und jener Gegend zu beobachten, der kann sich der Erkenntnis nicht entziehen, daß es hier noch viel zu bessern gibt. Ob hier im Jülicher Land auch noch manches gebessert werden kann, darüber zu sprechen, bin ich zu höflich und zu vorsichtig (Heiterkeit). Es handelt sich in erster Linie nicht um die Hebung der Roh-, sondern um die Hebung der Reinerträge. Nur wenn wir in dieser Hinsicht knapp kalkulieren, werden wir den Konkurrenzkampf bestehen können. Es ist ein großer Vorteil unserer westdeutschen Bauernwirtschaften, daß sie hinsichtlich der Produktionskosten vor dem Großbetrieb des Ostens einen erheblichen Vorsprung haben, weil hier die Arbeitskraft des Unternehmers mit im Betrieb steckt. Die Schwierigkeit besteht darin, die Erkenntnis der landwirtschaftlichen Wissenschaft in weitere Schichten des landwirtschaftlichen Unternehmertums hineinzubringen und ich betrachte diese Aufgabe als die wichtigste und bedeutendste der landwirtschaftlichen Organisationen. Die Führung auf diesem Gebiete haben die Landwirtschaftsschulen, die landwirtschaftlichen Kreis- und Ortsorganisationen. Kein Geld ist so gut angelegt und trägt so gute Zinsen, wie das Geld, das Sie anwenden zur Ausbildung Ihrer Söhne und Betriebsnachfolger.

Es ist nicht richtig, wenn heute der Ruf erschallt: Extensivierung der Wirtschaft um jeden Preis. Sie ist nicht rentabler wie die intensive Wirtschaft. Eines sage ich: Es ist besser, den Umfang der Wirtschaft zu verkleinern, als auf der Wirtschaft übermäßige Kredite aufzunehmen, die die Wirtschaft nicht tragen kann. Es ist richtiger, einen Teil des Hofes durch Verpachtung oder selbst durch Verkauf abzustoßen, um dadurch sicheres Betriebskapital in die Hand zu bekommen, als durch Wechsel Geld aufzutreiben, die auf die Dauer die Wirtschaft ruinieren müssen. Es ist besser, eine gute Düngergrube als die besten Kreditbeziehungen zu haben.

Neben diesen Betriebsorganisationen werden wir als Gesamtheit der Landwirtschaft auf den Absatz und den Weg unserer Produkte mehr Wert legen müssen als bisher. Auf Getreide, Milch und Vieh verliert die Landwirtschaft ihren Einfluß, sobald diese Produkte den Hof verlassen. Von hier ab schnellen die Preise rapide in die Höhe und die Folge ist, daß der ahnungslose Konsument auf den Bauer schimpft, der für seine Produkte zu hohe Preise verlange. Unser Ziel muß sein, durch Genossenschaften und Organisationen die Verwertung unserer Produkte bis zum Verbraucher einigermaßen mitbestimmen zu können. Unterstützung und Erfolg verdienen die Bemühungen der Rübenbauern in der Rheinprovinz, eine weitere Zuckerfabrik in ihre Hand zu bekommen. Es ist aber Gefahr im Anzuge, daß eine weitere Fabrik in die Hände eines großen Zuckerkonzerns gelangt, der dann den Rübenbauern nach Belieben die Preise diktiert. Hier ist größte Aufmerksamkeit am Platze.

Ich habe vorhin betont, daß wir in der Landwirtschaft die Selbsthilfe voranstellen müssen. Aber sie kann nur zum Erfolg führen, wenn sie begleitet ist von der öffentlichen Hand, von der Gesetzgebung. Selbsthilfe ist notwendig und Unterstützung durch den Staat kann auch nicht entbehrt werden. Ich denke dabei nicht so sehr an eine direkte Unterstützung durch Geld oder Kredite als vielmehr daran, daß der Staat für die Landwirtschaft jene Lebensbedingungen schafft, die notwendig sind, um zu einer Gesundung der Verhältnisse zu gelangen. Wir fordern keine Vorzugsbehandlung, sondern lediglich die Gleichstellung mit anderen Ständen. Der jüngste Zolltarif ist aber unzweifelhaft zugunsten der Industrie eingestellt. Die Landwirtschaft hat eingewilligt, daß die Industrie einen großen Schutzzoll genießt, der die landwirtschaftliche Produktion ganz ungeheuer verteuert. Ich habe gesagt, in der landwirtschaftlichen Technik könne manches gebessert werden. Ich bin berechtigt, das zu sagen, aber von der deutschen Industrie darf dieser Vorwurf gegen die Landwirtschaft nicht erhoben werden und zwar im Hinblick auf die eigene Rückständigkeit, der gegenüber die Landwirtschaft jeden Vergleich aushält. Woher kommt es beispielsweise, daß die Industrie ihren Arbeitern Löhne zahlen kann, die die allgemeine Kaufkraft so furchtbar schwächt? Eben nur daher, weil die deutsche Industrie technisch und organisatorisch weit rückständig ist.

Als landwirtschaftliche Organisation haben wir Recht und Anspruch darauf, uns entschieden um die volkswirtschaftliche Entwicklung zu kümmern und dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen, am allerwenigsten von der Industrie. Als im vorigen Jahre der Kleine Zolltarif verabschiedet wurde, schloß er ab mit einer sehr starken Erhöhung sämtlicher Industriepositionen, während die landwirtschaftlichen Positionen um 50 und mehr Prozent geschenkt wurden. Die Situation ist heute die, daß Stück für Stück der Landwirtschaft dem Ausfuhrinteresse der deutschen Industrie zum Opfer gebracht wird, mal hier, mal dort, aber mit unheimlicher Konsequenz. Redner gab der Erwartung Ausdruck, daß der neue Ernährungsminister Dr. Hasslinde es verstehen werde, sich gegenüber dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann durchzusetzen.

Wir haben uns sachlich und ohne Animosität die Frage vorzulegen: Ist es möglich oder wahrscheinlich, daß ein Parlament von rund 500 Köpfen, von denen jeder in erster Linie das Lebensinteresse hat 1. selbst wiedergewählt zu werden und 2. seiner Partei, ganz gleich, um welche Partei es sich handelt, keinen Schaden zuzufügen, einen höchst unpopulären Abbau öffentlicher Ausgaben vornimmt? Ich stehe nicht an, diese Frage zu verneinen. Ich habe keine Hoffnung, daß diese Erkenntnis sich endlich in eine positive Tat umsetzen wird. Wir leben in einem Staate, in dem 40 Millionen Menschen, die keine oder nur wenig Abgaben zu bezahlen haben, darüber beschließen, was die übrigen 20 Millionen anderer Menschen zu bezahlen haben! (Sehr richtig!) Darin liegt ein prinzipieller organisatorischer Fehler, über den wir uns klar sein müssen und in dem auch wirtschaftlich die tiefere Ursache der heutigen Krisis zu sehen ist.

Und noch ein Moment. Ruhe und Ordnung sind für den Bestand eines Staates unerläßlich. Aber sind wir denn überhaupt noch ein Rechtsstaat? Man hat Ludwig XIV. mit Recht den Vorwurf gemacht, daß er die Gesetze geknebelt habe. Friedrich dem Großen aber konnte ein Müller von Sanssouci gegenübertreten und sagen: Die Mühle kriegste, wenn bloß das Kammergericht von Potsdam nicht wäre. Heute glaubt der Reichstag als Vertreter des Volkes über das Recht entscheiden zu können und will sich über den elementaren Grundsatz des Rechtes hinwegsetzen. Bei dem einen fängt es an und bei dem anderen hört es auf. Mit der Fürstenabfindung fängt man an, bei den Bauern hört man auf. Eine Römische Zeitung vergleicht die jetzigen deutschen Bestrebungen mit denen, die in Frankreich zur Enteignung der Kirche geführt haben. Meint man, man hätte noch Achtung vor dem Rechte, wenn der Reichstag sich darüber hinwegsetzt? Ist der Reichstag Diener des Staates oder muß er auf die große Masse hören? Die Fürsten zu enteignen ist genau so widersinnig wie diese oder jene Gruppe zu enteignen. Der Herr Minister Severing hat vor wenigen Wochen einen Landrat gemaßregelt, weil in seinem Kreisblatt ein Aufruf erlassen war, in dem die Fürstenenteignung als Raub gekennzeichnet wurde. Wir sind schon sehr weit fortgeschritten in der Beugung des Rechtes. Kein Staat kann aber bestehen, ohne Rechtsgrundsätze.

Wir von der Landwirtschaft haben einen schweren Kampf zu führen um unsere wirtschaftliche Existenz, kämpfen müssen wir um die soziale Geltung des bodenständigen Volkes in der Volksgesamtheit, vor allem müssen wir kämpfen um die Geltung unserer Grundsätze in der Volksgemeinschaft. Wir wollen nicht, daß das private Interesse dieser oder jener Persönlichkeit oder Gruppe des Volkes, auch nicht in erster Linie das Interesse der Landwirtschaft einseitig gefördert wird, sondern wir sind durchdrungen von der Notwendigkeit, daß man den einzelnen Gruppen des Volkes nur dienen kann, wenn man dem Vaterlande dient. Und daraus resultiert unsere Pflicht, uns Einfluß zu verschaffen im öffentlichen Leben. Jeder muß seine ganze Kraft aufwenden, um seine Tradition, seinen Einfluß zum Siege zu führen.

Redner schloß mit dem Wunsche, daß man auch hier bald den Tag erleben möge da man sich eins fühle mit dem befreiten Teile des deutschen Volkes und daß man bald dem glücklichen Tag entgegensehen möge, da wir im Schatten des Rechts wohnen.

Den Ausführungen folgte langanhaltender Beifall, den der Vorsitzende, Herr Landrat Dr. Burggraef, Worte des Dankes anschloß und dem Wunsche Ausdruck gab, daß jeder die Ausführungen sich tief einprägen möge. Im Anschluß daran wurde eine

Entschließung

einstimmig angenommen. In derselben wird Bezug genommen auf die bekannte im preußischen Abgeordnetenhaus an den Herrn Landwirtschaftsminister gestellte kleine Anfrage, die sich gegen die Kammerverwaltung und dadurch auch gegen ihren Vorsitzenden richtete. „In besagter Angelegenheit," so führt die Entschließung aus, „erkennen wir die Stellungnahme des Vorstandes der Landwirtschaftskammer als die allein richtige an, die auch von der Hauptversammlung einstimmig als zutreffend bezeichnet wurde, und sprechen dabei dem Herrn Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer unser uneingeschränktes Vertrauen aus. Mit Stolz und größter Befriedigung begrüßen wir heute den Herrn Freiherrn von Lüninck als unsern hochverehrten Herrn Kammerpräsidenten, der es in seiner bisherigen Tätigkeit verstanden hat, die Interessen der Rheinischen Landwirtschaft bestmöglichst zu vertreten und dadurch sich unser vollstes Vertrauen zu erwerben, weshalb wir rückhaltlos geschlossen allerwärts hinter ihm stehen."

Große Kundgebung der Landwirtschaft in Aachen.

MTB. Aachen, 17. März. Der Bezirksverband Aachen des Rheinischen Bauernvereins mit 12000 Mitgliedern auf 300000 Morgen, abgesehen von den Gewerkschaften die stärkste wirtschaftliche Organisation des Regierungsbezirks Aachen, veranstaltete Montag im Karlshaus in Aachen eine Kundgebung der rheinischen Landwirtschaft, an der außer Vertretern der Landwirtschaft aus dem ganzen Rheinland auch zahlreiche Vertreter der Behörden, Abgeordnete usw. teilnahmen. Das Hauptreferat hielt Landtagsabgeordneter Reichsernährung- und Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hermes. Zur Frage der Handelsverträge bemerkte er, das Ziel der Handelsverträge müsse sein, die Einfuhr auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die bisher zu-

---

Mag auch die Liebe weinen . . .

Roman von Fr. Lehne.

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nun muß ich dir auch noch die kleinen Komtessen, meine Schülerinnen, vorstellen. Komtesse Thekla, die Aelteste, bald vierzehn Jahre, mag ich nicht besonders. Sie ist sehr launenhaft und hochmütig und denkt, sie erweise mir eine Gnade, wenn sie lernt. Ich sehe es jetzt schon, daß ich meine liebe Not mit ihr bekommen werde.

Bildhübsch ist sie, sieht ihrer Mutter sehr ähnlich eine vollendete, kleine Dame.

Komtesse Cäcilie, zehn Jahre alt, ist ein liebes Kind mit einem sanften, blassen Gesicht, nicht besonders hübsch, aber sehr sympathisch. Sie hinkt, infolge einer Hüftgelenkentzündung. Die Mutter zieht ihr offensichtlich die hübsche Thekla vor, mit der sie Staat machen kann. Cäcilie weint oft heimlich, sie fühlt es und leidet darunter. Thekla ist nicht nett zu ihr. Zu mir hat Cäcilie Vertrauen, weil sie merkt, daß ich es gut mit ihr meine.

Ich habe ein nettes, kleines Zimmer neben dem Schlafzimmer der Komtessen, mit der Aussicht auf den Park.

Nun meine Tageseinteilung: Um sechs Uhr stehe ich auf, da ich von Euch an Frühaufstehen gewöhnt bin, sehe meine Garderobe nach — jeden Tag, wie Du es mir gesagt hast, ob ein Heftel oder ein Knopf sich gelockert hat, dann bereite ich mich etwas auf meine Aufgaben vor oder schreibe, wie jetzt z. B. diesen Brief. Halb acht Uhr gehe ich dann hinüber zu Titi und Sissi, wie die Komtessen genannt werden (schön finde ich diese Abkürzungen allerdings nicht) und bin ihnen beim Ankleiden behilflich. Nach acht frühstücke ich mit ihnen — gut, Mutterle. Milch oder Kakao, dazu Butter, Marmelade, Honig. Gegen halb neun Uhr beginnt der Unterricht und dauert bis halb elf Uhr. Dann ist Frühstückspause und die Komtessen begrüßen ihre Mutter, die um diese Zeit erst sichtbar wird. Sie schläft sehr lange.

Von elf bis zwölf unterrichte ich klein Ossi, während die Mädchen Handarbeiten machen oder Musik üben. Um ein Uhr wird Mittagbrot gegessen — alle Tage Suppe, Braten, Gemüse, Kompott, Mehlspeise, Obst. Da siehst Du, Mutterle, wie ich „bon" lebe! Nun freust Du Dich, daß Du recht behalten hast. Und es schmeckt mir gut. Fast schäme ich mich meines gesunden Appetits, wenn ich sehe, wie wenig die Gräfin ißt!

Besonders gemütlich ist es allerdings bei Tische nicht. Nachmittags habe ich wieder zu unterrichten. Bis zum Fünfuhrtee — dann sind wir fertig. Ich gehe mit den Kindern danach im Park spazieren.

Die Zeit von acht Uhr an gehört mir. Ich lese manchmal, bin aber meistens so rechtschaffen müde, daß ich schon um neun Uhr mein Lager aufsuche.

Das ist so im großen und ganzen — natürlich mit kleinen Aenderungen, — mein Tageslauf. Ich habe es mir schwerer gedacht; vorläufig kann ich nur sagen, daß ich keinen Grund zur Unzufriedenheit habe und daß ich froh bin, es so gut getroffen zu haben.

Die Gräfin sehe ich wenig; sie kümmert sich nicht viel um die Kinder. Nachmittags fährt sie häufig aus, nimmt manchmal Thekla und Ottokar mit, Cäcilie nie. Und das sind mir die liebsten Stunden, die ich mit dem Kinde allein bin. Sissi ist sehr musikalisch, und wir benutzten die Abwesenheit der anderen zum Musizieren.

Einige Male bin ich mit Sissi auch schon im Wirtschaftshofe gewesen, der abseits vom Schlosse liegt. Wir werden gern dort gesehen. Die Mamsell schlägt uns schnell köstlichen Schlagrahm — Du weißt, wie gern ich den esse. Die Mamsell erzählte mir, daß ihr Vater ein berühmter Maler ist. Das große Bild der Gräfin im Empfangssaal, das mir gleich aufgefallen war, wurde von ihm gemalt. Ueberhaupt dieser Raum! Ein großer Saal im Barockstil, mit schweren, goldgestickten, roten Vorhängen — ordentlich feierlich wurde mir, als ich ihn zum ersten Male betrat.

Die alten Allwördens sind beide tot. Eine Kapelle in romanischer Bauart wölbt sich über ihrer letzten Ruhestätte; die Familiengruft befindet sich in dem weit ausgestreckten, herrlichen Park, der fast schöner ist, als Erichs Wald. — —

Sissi sagt, im Sommer ist immer viel Besuch da. Jetzt ist es stiller und ich bin froh darüber. Ich muß mich doch erst in alles hineinfinden. — Ich folge Deinem Rat, möglichst wenig zu reden, dafür umso schärfer zu beobachten. Mir fehlt doch noch manches!

Auf den Grafen Allwördens bin ich nun neugierig; Sissi schwärmt sehr von ihrem Papa.

Mein Gehalt, das ich am Ersten bekomme, schicke ich Dir. Erich gibt dazu, und du bekommst von uns einen schönen Wintermantel, den du in diesem Jahre unbedingt haben mußt. Ich brauche hier kein Geld, habe gar keine Gelegenheit, etwas auszugeben.

Lebt nun wohl, Ihr Lieben! Schreibt mir bald wieder. Erich auch — sonst darf er meine Briefe nicht lesen.

Euer liebes Häuschen! Im Geiste seh ich es vor mir.

Bleibe gesund, mein liebes Muttchen, schone Dich. Die Rosa ist doch ganz anstellig, und kann Dir die meiste Arbeit abnehmen.

Ist Frau Oberförster von Eggert jetzt mit ihrer Tochter zurück? Schade, daß ich sie nicht kennen gelernt habe!

Bitte, grüßt alle! Und Euch beiden Lieben einen herzlichen Kuß von

Eurer Lori.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Der erste Brief von der Tochter.

Mit zitternden Händen hatte Frau Maria Berger ihn erbrochen und die eng beschriebenen Blätter fast verschlungen. Eine Enttäuschung hatte er ihr gebracht: Ottokar Allwörden war nicht zu Hause; sie hatte nun noch nicht erfahren können, welchen Eindruck er auf die Tochter gemacht — wie er aussah.

(Fortsetzung folgt.)

stande gekommenen Handelsverträge überstürzt worden seien. Die Wirkung der bisherigen Verträge auf die Landwirtschaft sei nicht günstig. Darum solle Deutschland den Abschluß von Handelsverträgen nicht übereilen, sondern warten, bis man es zum Abschluß eines günstigen Handelsvertrages auffordere. Weiter warnte der Redner vor der überstürzten Inanspruchnahme des ausländischen Anleihemarktes. In kurzer Zeit müsse Amerika erheblich günstigere Kreditangebote machen, da ihm Anlagemöglichkeiten für seine reichen Geldmittel nicht zur Verfügung ständen. An das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache an. Reichstagsabgeordneter Dr. Schetter übte Kritik an der Art der Kreditgewährung. Landesbank und Hypothekenbank seien nicht die geeigneten Ueberleitungsstellen. Freiherr von Loe wandte sich besonders gegen die Bewilligungsfreude der Gemeindeparlamente. Zum Schluß wurden drei Entschließungen angenommen. Die eine befaßt sich mit der Absatzkrise in der Landwirtschaft, die zweite wendet sich gegen die Steuerbelastung der Landwirtschaft und die dritte gegen die Ausgabenwirtschaft der Gemeinden.

Nachrichten aus Stadt und Land.

Eine der Stadt ungünstige Entscheidung.

Bei der Errichtung der Eisenbahnhauptwerkstätte Jülich rechnete die Stadt nach den Erfahrungen anderer Eisenbahngemeinden mit einem Gemeinde-Einkommensteuerertrag aus dem Betriebe des Eisenbahnunternehmens von rund 30 000 Mark. Weiter mußte die Stadt nach dem glänzenden Stand der Eisenbahn auf eine großzügige, von der Eisenbahn als Arbeitgeber getragene Siedlungstätigkeit hoffen. Diese Aussichten hat der Kriegsausgang zerstört. Die den Eisenbahngemeinden entstandenen steuerlichen Ausfälle sind durch ein Gesetz vom 10. August vergangenen Jahres wettgemacht worden, das den besonderen Lasten der Eisenbahngemeinden eine Zuschußpflicht der Reichsbahnbetriebe gegenüberstellt.

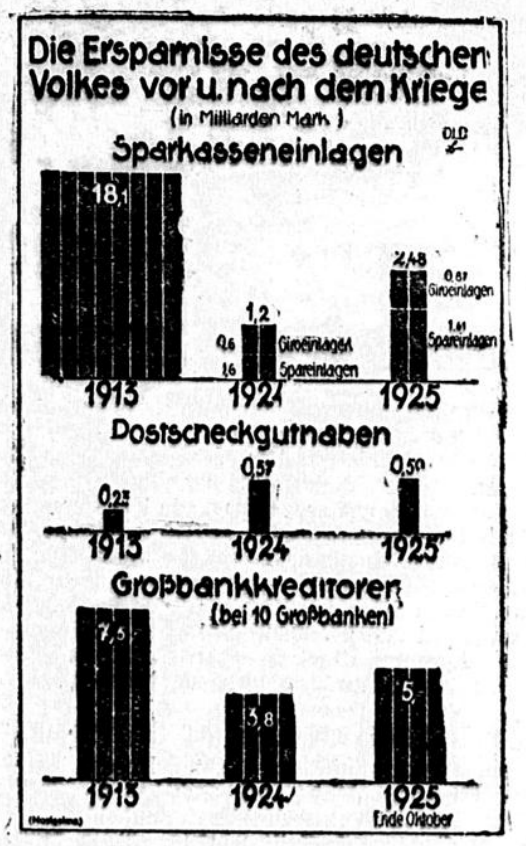
Die Stadt Jülich erwartete auf Grund dieses Gesetzes eine Zuschußleistung von 28 000 Mark jährlich. Die Reichsbahnverwaltung hat die Rechtmäßigkeit dieses Ausgleichsgesetzes bestritten mit der Begründung, daß nach § 14 des Reichsbahngesetzes die Reichsbahngesellschaft von jeder Steuer des Reiches, der Länder und Gemeinden befreit sei. Als Trägerin eines Teiles der deutschen Wiederherstellungslast müsse alles ausgeschaltet werden, was die Erträge der Reichsbahn verringern könne, vor allem müsse die Reichsbahn vor plötzlich eintretenden finanziellen Neubelastungen geschützt werden. Das Reichsbahngericht in Leipzig hat nun am 13. ds. Mts. entschieden, daß die Zuschußleistung dem § 14 des Reichsbahngesetzes widerspreche, daß also die Reichsbahngesellschaft von jeder direkten Steuer befreit sei.

Diese Entscheidung macht nunmehr die Eisenbahngemeinden, also auch unsere Stadt, auf dem Umwege über die Reichsbahn zu Trägern der Wiederherstellungslassen. Gegen dieses Urteil muß man sich umsomehr wenden, als den schon von der Gewerbesteuer befreiten Eisenbahnunternehmungen nun auch noch weitere steuerliche Sonderrechte eingeräumt werden. Dabei bringen die Reichsbahnbetriebe den Gemeinden erheblich größere Aufwendungen, vor allem auf dem Gebiete der Siedlungstätigkeit als sonstige industrielle Unternehmungen. Die Vereinigung der Industriellen unserer Stadt wendet sich mit Recht gegen diese Sonderstellung der Reichsbahn und ihre Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen. Was die Reichsbahn nun nicht aufbringt, das müssen die übrigen Steuerzahler mehr leisten. Die Gesetzgebung muß Mittel und Wege finden, einer solchen ungerechten Verteilung von Lasten zu steuern. Das gilt sicherlich für eine Stadt wie Jülich, die schon durch Besatzungsbedrängnis wie keine andere des ganzen besetzten Gebietes in Mitleidenschaft gezogen ist.

—* **Löst Rückfahrkarten.** Reisenden, die zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anläßlich des Besuches des Reichspräsidenten im Rheinland am kommenden Sonntag und Montag nach Köln, Bonn oder Krefeld fahren, kann nur dringend empfohlen werden, an ihrem Heimatsorte schon Fahrtkarten für die Rückfahrt zu lösen, damit der Andrang an den Fahrtkartenausgaben in den vorgenannten Städten dadurch gemildert wird. Reisende mit Rückfahrtkarten bewähren sich bei dem in Aussicht stehenden großen Andrang von Festteilnehmern vor langem Warten an den Fahrtkartenschaltern.

Wp. **Geilenkirchen**, 17. März. (Römische Grabstätten — römischer Totenkeller.) Bei Würselen wurden unlängst bei Anlegung eines Feldweges in einer römischen Grabstätte drei Gefäße gefunden; ein 20½ Zentimeter hoher Henkelkrug aus gelbweißem Ton, ein 29 Zentimeter hohes Henkelkreuz aus gleichem Ton und ein 9½ Zentimeter hoher Becher aus weißem Ton mit graublauer Glasur. Weiter wurde in der Nähe des Grabes ein römischer Totenkeller gefunden. Das Grab dürfte in der Zeit um 200 n. Chr. angelegt worden sein.

ϑ **Montjoie**, 17. März. Die Monschauer Ortsgruppe des Eifelvereins eröffnete in seiner gestrigen Generalversammlung die Vorbereitungen für die kommende große Haupt-Versammlung des Eifelvereins am 28. und 29 Mai. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Davids, konnte eine stattliche Anzahl Vereinsmitglieder begrüßen und deutete dieses als ein gutes Vorzeichen zu einem befriedigendem Gelingen der nun kommenden Arbeiten. Montjoie war eine der wenigen rheinischen Städte, die eine beachtenswerte historische Vergangenheit haben, welches im Jahre der Jahrtausendfeiern keine Heimatschau aufgebaut hat und so soll denn eine solche in diesem Jahre im Mittelpunkt der Veranstaltungen zur Eifeltagung stehen. Dieselbe soll in den untern Räumen des alten Au-Klosters, des jetzigen Rathauses, hergerichtet werden und in verschiedenen Abteilungen Eifelsitte und Montjoier Tradition verkörpern. Allen voran die Geschichte der Familie Scheibler, ohne die man sich Montjoie eben nicht denken kann. Ein auswärtiger



Die Ersparnisse des deutschen Volkes vor und nach dem Kriege.

Im Jahre 1925 haben sich die Spareinlagen um rund eine Milliarde Mark erhöht, d. h. um ungefähr das Doppelte des Jahres 1924. Die Spargelder in den Sparkassen betragen heute nur 8 bis 9% der Vorkriegszeit. Wenn man jedoch bedenkt, daß nach der Inflation die Spartätigkeit ganz neu von vorne anfangen mußte, und die durchschnittliche Jahreszunahme vor dem Kriege noch keine ¾ Milliarde betrug, so ist der Erfolg angesichts der schwierigen Wirtschaftslage immerhin beachtenswert. Allerdings ist in den letzten Monaten ein Rückgang der Spartätigkeit zu beobachten. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen im Jahre 1913 287,2 Mark Spareinlagen, im Jahre 1925 25,5 Mk. Zum Vergleich ist in obiger Darstellung noch die Entwicklung der Postscheckguthaben und Großbankkreditoren herangezogen.

Museumsleiter, der sich uneigennützig erboten, die Ausstellung zu dirigieren, gab genaue Aufschlüsse, wie dieselbe in ihren Einzelheiten gedacht ist und fand allgemeine Zustimmung. Alsdann gab unter rheinischer Dichter Josef Schregel seine Dichtungen heitern und ernsten Inhalts zum Besten. Er brachte aus dem letzt von ihm verfaßten Werkchen „Arbeed" die Schilderung zum Vortrag, welche speziell von Montjoie gegeben ist und fand hierfür dankbare Zuhörer. Seine drei rheinischen Schlager zündeten wie immer und wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Lachsalven lösten die nun zum Vortrag kommenden humoristischen Dichtungen aus und unterhielt Herr Schregel mit dem persönlichen Vortrag seiner Dichtungen die Versammlung so gut, daß sich darüber streiten läßt, ob es nicht schöner ist, wenn der Dichter Schregel persönlich vorträgt. Herr Bürgermeister Dr. Davids beschloß den so schön verlaufenen Eifelabend mit Worten des Dankes an Herrn Schregel für seine uneigennützige Mithilfe zum Gelingen der Vereinstagung. M. H.

Wp. **Köln**, 17. März. (Der Bau eines Krematoriums in Köln.) Die gestrige Stadtverordnetensitzung ließ die Vorlage der Verwaltung auf den Bau eines Krematoriums zum Zwecke näherer Klärung an den Finanzausschuß zurückgehen. — Nach dem preußischen Feuerbestattungsgesetz muß die Vorlage mit zwei Drittel Mehrheit angenommen werden, wenn sie Aussicht auf Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde haben soll. Da das Zentrum, das von den 91 Stadtverordnetensitzen 30 inne hat, und die Wirtschaftspartei mit ihren 7 Sitzen ebenfalls gegen die Vorlage ist, hat die Vorlage keine Aussicht auf Genehmigung.

MTB. **M.Gladbach**, 17. März. (Harte Strafe.) Das Schwurgericht verurteilte einen Händler, der bei Ablegung des Offenbarungseides wissentlich den Besitz einer Ladentheke verschwiegen hatte, zu 18 Monaten Gefängnis.

Wp. **M.Gladbach**, 17. März. (Ungetreue Beamte.) Der Kaufmann und Rendant Josef Breuer jr. in Helenabrunn wurde vom erweiterten Schöffengericht hier wegen Untreue, Unterschlagung und Betrugs bei der hiesigen Spar- und Darlehenskasse zu 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Mitangeklagte, Kaufmann Wilhelm Menning aus Mülheim-Broich, erhielt einen Monat Gefängnis.

MTB. **Solingen**, 17. März. (Selbstmord.) Der Geschäftsführer der Freien Bauernschaft hat sich gestern in seiner Wohnung erschossen. Vorher hatte er eine geschäftliche Besprechung, zog sich aber nach kurzer Zeit zurück und erschoß sich. Wie es heißt, soll Schwermut der Grund der Tat sein.

Wp. **Duisburg**, 17. März. (Absage einer Italien-Konzertreise.) Der „Rheinische Madrigalchor", der von der Corporazione nazionale del Teatro in Mailand für eine 12 Konzerte umfassende Reise in Italien im April d. J. verpflichtet war, hat mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse seinen Vertrag gegen eine Abfindungssumme in gütliche Weise gelöst und wird, wenn die politischen Verhältnisse es gestatten, seinen Verpflichtungen im nächsten Winter nachkommen.

Wp. **Gladbeck**, 17. März. (Zeichen der Zeit.) Die ungeheure Not des Mittelstandes geht daraus hervor, daß in der Gemeinde Horst in den handwerklichen Betrieben kein Geselle mehr beschäftigt ist. 160 Handwerker haben bei den Horster Banken 400 000 Mark Schulden.

Wp. **Detmold**, 17. März. (Eine Inflationsgröße.) Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Elberfeld hat gegen den Industriellen Geh. Rat Walter Kellner aus Schlangen in Lippe ein Ermittelungsverfahren wegen Untreue eingeleitet. Kellner hatte in der Inflationszeit einen Kellner-Konzern gegründet, dem Werke angehörten, die unter Geschäftsaufsicht bestanden haben, oder gegen die das Konkursverfahren eröffnet worden ist. Walter Kellner ist aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen: Er war ehemals Schlosser und Ende 1916 wurde ihm vom Fürsten von Lippe der Titel eines Geh. Regierungs- und Baurats verliehen und zwar offenbar im Zusammenhang mit der Uebernahme der ehemaligen Lippeschen Staatswerkstätten, die von Kellner in die Lippeschen Werke A.-G. umgewandelt worden.

(*) **Berlin**, 17. März. Ein Zettel wird Ihnen am Ausgang des Theaters in die Hand gedrückt oder ist bereits in das Abendprogramm eingeheftet, wenn Sie heute eines der zahlreichen Theater Berlins in der Nähe der Weidendammer Brücke im Norden besuchen. Das heißt, Sie sollen den Hungerkünstler Jolly besuchen, der wenige Schritte entfernt in einem Restaurant am Oranienburger Tor — für seinen Namen wird schon genug Reklame gemacht — seine Fastenzeit absitzt oder vielmehr ableigt. Seit drei Wochen ist dieser Besuch bei Jolly das volkstümliche Schauspiel in Berlin. Ein Heerzug von Menschen, eine Wallfahrt drängt sich, durch Angestellte in Gruppen abgeteilt, jeden Abend durch den Vorgarten und die Räume jenes Restaurants in den Raum, wo Jolly in seinem Glaskasten liegt und hungert. Fünfzig Pfennig Eintritt. Es ist ein übles Schauspiel. Einen wissenschaftlichen oder sportlichen Wert hat diese Hungerei gar nicht. Die Sensationslüsterne blickt allen diesen gutgenährten robusten Menschen aus dem Auge, die sich für ihre fünfzig Pfennig Eintritt um den Glaskasten drängen, bloß, um einen armen Teufel, der damit „sein Brot" verdient, hungern zu sehen. Wir haben Jolly am 21. Tage seines — Experimentes, wollen wir einmal sagen, gesehen. Angefangen hat er am 13. Februar, und er will 44 Tage hungern. Das Gesicht Jollys war an diesem Tage von einer unbestimmten graubraunen Farbe und sah sehr abgemagert aus. Sein Körpergewicht war auf 102 Pfund heruntergegangen. Mit sehr matten Bewegungen handhabte er seine Zigarette, trank ab und zu ein Glas Selters und mochte über seine Bewunderer, die hinter dem Glaskasten vorbeizogen, seine Gedanken haben. Daß man in seiner Gegenwart nicht essen darf, erscheint nicht nur vom medizinischen Standpunkt, sondern auch als einfache Anstandspflicht geboten. Man sollte es nicht glauben, aber auch in seinem ästhetisch wenig anziehenden Zustand empfängt der Hungerkünstler Jolly zahlreiche Heiratsanträge. Jedenfalls, das beste Geschäft macht seine Gaststätte, in der es bis 1 Uhr nachts hoch hergeht, und zahlreiche Gäste, je länger Jolly hungert, desto mehr zu sich nehmen. Das hat natürlich neidische Wettbewerber nicht ruhen lassen. Es ist gute Konjunktur für den Hungerkünstler in Berlin. Am 4 März hat sich ein neuer Hungerkünstler mit Namen Eric in einen Glaskasten eines Restaurants in der Passage sperren lassen; er will sogar 50 Tage hungern. Und am andern Tage sind zwei neue Hungerkünstler, Harry und Fastello, gefolgt, die ebenfalls und zwar in der Chausseestraße, in den Glaskasten gestiegen sind. Unser Kunstgewerbe hat eine neue erhebende Aufgabe vor sich: „Neuzeitlicher Glaskasten für Hungerkünstler."

Wp. **Karlsruhe**, 17. März. In einem Pariser Wahlkreis hat am Sonntag eine Nachwahl zur Deputiertenkammer stattgefunden. Für Karlsruhe hat die Wahl insofern Interesse, weil einer der beiden Kandidaten des nationalen Blocks, wie sich aus dem Wahlfeldzug ergeben hat, ein gewisser Henri de Kerilli ist, der als Fliegeroffizier während des Krieges den Zirkus Hagenbeck mit Bomben bewarf und dadurch den Tod von 257 deutschen Kindern herbeigeführt hat. Er kommt in Stichwahl mit einem Kommunisten; ob er siegen wird, ist noch ungewiß. Während des Wahlfeldzuges hat sich Kerilli als wüster Deutschenfeind betätigt.

Erdbeben in Anatolien.

WTB. **London**, 17. März. (Telegramm.) **Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge fanden heftige Erdstöße in Denizli in Anatolien statt, bei denen 190 Häuser einstürzten. Sieben Personen wurden getötet und zahlreiche verletzt.**

Jesus Christus und die Serben.

drb. Nationalgefühl ist etwas Schönes und Hohes. Man darf es aber nicht bis zur Lächerlichkeit übertreiben. Besonders die Angehörigen derjenigen Nationen, die als besondere Kriegsgewinnler gelten können, leisten sich oft recht seltsam anmutende Dinge in dieser Beziehung. So hat neulich ein gewisser Doktor Viserie Prophet einer neuen serbischen Sekte, der staunenden Welt verkündet, man habe sich seit Jahrhunderten geirrt, Jesus sei nicht jüdischer, sondern serbischer Abkunft gewesen. Der sonderbare Heilige verficht diese These laut und öffentlich mit fanatischem Eifer, trotzdem ihm die serbischen Gerichte und die Polizei die denkbar größten Schwierigkeiten machen. Wahrscheinlich wird er sein Treiben solange fortsetzen, bis man ihn verdientermaßen in ein Irrenhaus sperren wird.

Ich will räumen!

Wegen Ueberfüllung meiner Läger halte ich einen großen

OSTER-VERKAUF

empfehle Herren-Anzüge bekannt la. Paßform . . . . . Preislage Mk. 22.—, 28.—, 39.—, 52.—, 70.—, 120.—
„ Burschen-Anzüge selten schick glatt und Sport . . „ „ 19.—, 27.—, 35.—, 45.—, 55.—
„ Kommunion- und Konfirmations-Anzüge la. blau . . „ „ 25.—, 32.—, 39.—, 52.—

Windjacken, Sporthosen, lange Hosen, Gummi-, Loden- und Gabardine-Mäntel in sehr großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen.
Vorzeiger dieses Inserates erhalten 5% oder Bahnvergütung. Achten Sie bitte auf meine große Auslage- und Reklameschilder.

Köln Gertrudenstraße 37 — **R. Wagner** — **Köln** Gertrudenstraße 37

Fragen des täglichen Lebens

Steuern • Aufwertung • Wirtschaft • Rechtsprechung

Uneingelöste Schecks.

Im beschleunigten „Urkundenprozeß" hat ein Gläubiger ein Mittel, wegen eines uneingelösten Schecks eine schnelle gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Die Einwendungen des Schuldners sind ähnlich wie im Wechselprozeß sehr beschränkt. Der Beklagte kann nur durch Urkunden oder Eideszuschiebung beweisen. Um dem Beklagten aber überhaupt alle Einwendungen aus dem zugrunde liegenden Geschäft abzuschneiden, gibt es ein sehr einfaches Mittel, nämlich die Weitergabe des Schecks an einen Geschäftsfreund, der über die Vorgänge, die zur Hingabe des Schecks geführt haben, nicht unterrichtet ist. Erhebt dieser Geschäftsfreund die Scheckklage, so sind dem Beklagten, wenn der Scheck in Ordnung ist, die Einwendungen überhaupt abgeschnitten. Er muß den Scheck an den Kläger zahlen und das entspricht der Billigkeit und dem Zweck des Scheckwesens.

Eine Scheckklage kann nur erhoben werden, wenn der Scheck innerhalb zehn Tagen nach der Ausstellung der bezogenen Bank zur Zahlung vorgelegt ist. Die rechtzeitige Vorlegung und die Nichteinlösung des Schecks muß beurkundet sein. Es ist für Schecks ein vereinfachtes Verfahren zugelassen, daß nämlich die bezogene Bank auf dem Scheck selbst bescheinigt, daß die Vorlegung innerhalb der zehntägigen Frist erfolgt ist. Befindet sich ein derartiger Vermerk nicht auf dem Scheck, und ist die zehntägige Frist bereits abgelaufen, so kann dennoch die Bescheinigung von der Bank nachgeholt werden, wenn diese nur bestätigen kann, daß ihr der Scheck rechtzeitig zur Zahlung präsentiert ist. Häufig sperrt der Schuldner den Scheck, weil er vielleicht in Differenzen wegen der Ware mit seinem Gläubiger gekommen ist. Leider beruhigen sich zahlreiche Gläubiger bei dieser Sperre und versuchen durch Verhandlungen mit dem Schuldner zu ihrem Gelde zu kommen, oder erheben schließlich die gewöhnliche Warenklage, die sich dann vielleicht zu einem langen Prozeß auswächst.

Angestellte und der Konkurs des Arbeitgebers.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat deshalb bei dem zuständigen Ministerium gefordert, ergänzende Bestimmungen zu berücksichtigen, nach denen der Konkursverwalter verpflichtet sein soll, die Forderungen der nach § 61 Ziffer 1 bevorrechtigten Gläubiger mindestens in Höhe der Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel unverzüglich auch dann zu befriedigen, wenn die Gesamtsumme der bevorrechtigten Forderungen noch nicht festgestellt ist.

Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Konkursverwalter häufig ihre unbeschränkten Vollmachten dazu benutzen, die Befriedigung der Lohn- und Gehaltsempfänger hinauszuschieben, obwohl genügend Mittel für diese Forderungen vorhanden sind. Die natürliche Folge ist in solchem Falle, daß diese Gläubiger in bittere Not geraten.

Schulgelderhöhung.

Das preußische Staatsministerium hat sich durch die bedrängte Finanzlage von Staat und Gemeinden genötigt gesehen, das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen ab 1. April zu erhöhen. An staatlichen höheren Schulen werden künftig 200 Reichsmark jährlich erhoben, an städtischen höheren Schulen darf ein Schulgeld bis zu diesem Satz und für auswärtige Schüler weiter der bisherige Zuschlag von 25 Prozent erhoben werden. Für zweite Kinder werden wie bisher 25 Prozent, für dritte 50 Prozent Nachlaß gewährt, vierte und weitere Kinder sind schulgeldfrei. 20 Prozent des Schulgeldes, diese Ermäßigungen eingerechnet, stehen für Schulgeldbefreiungen und Ermäßigungen, für Erziehungsbeihilfen und Hilfsbüchereien zur Verfügung.

Erhaltung des Berufsbeamtentums.

In seiner Haushaltsrede hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold als Ziel seiner Beamtenpolitik „die Erhaltung einer zahlenmäßig kleinen, hochwertigen und ihrer Leistung entsprechend bezahlten Beamtenschaft" hingestellt. Diese Aeußerung ist in Beamtenkreisen vielfach dahin ausgedeutet worden, als ob die Beamteneigenschaft der Staatsbediensteten zugunsten eines Angestelltenverhältnisses zurückgedrängt werden sollte. In einer Besprechung, die der demokratische Abgeordnete Schuldt (Steglitz) mit dem Reichsfinanzminister hatte und in der die gesamte Beamtenpolitik des Reichsfinanzministeriums erörtert wurde, erklärte Minister Reinhold bezüglich des angezogenen Teiles seiner Rede, daß er nicht daran gedacht habe, etwa das Berufsbeamtentum abzubauen, sondern daß er dagegen der Auffassung sei, daß überall da, wo Bedienstete in Reichsbetrieben mit Arbeiten beschäftigt werden, die eine Beamtentätigkeit in sich schließen, diese Bediensteten unter allen Umständen auch als Beamte bezeichnet und behandelt werden sollen.

Zur Arbeitszeitverordnung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Wirtschaftsrats hat einstimmig beschlossen, die Unterstellung derjenigen Arbeitergruppen der Gasanstalten unter die besonderen Schutzbestimmungen des § 7 zu befürworten, die in der Regierungsvorlage hierfür vorgeschlagen sind. Es sind dies in den Gasanstalten die Ofenhausarbeiter (Retortenarbeiter, Abschlacker der Generatoren, Vorlagenarbeiter, Retortenausbesserer). Nach den Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung kann bei diesen Arbeitern von der normalen Achtstundenschicht nur dann abgesehen werden, wenn dringende Gründe des Gemeinwohls sie erforderlich machen oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen haben und eine halbe Stunde nicht übersteigen.

Der Ausschuß nahm weiter einstimmig eine Entschließung an, die den Reichsarbeitsminister ersucht, bei Aufnahme von Arbeitern der Gaswerke in das Verzeichnis zu § 7 der Arbeitszeitverordnung zeitlich begrenzte Ausnahmen für kleinere Gaswerke vorzusehen unter der Voraussetzung, daß diese Werke unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, bei der Unterstellung unter den § 7 wirtschaftlich zu arbeiten, und daß die Gasversorgung durch Großbetriebe im gegebenen Falle nicht oder zur Zeit noch nicht durchführbar ist.

Vereinfachte Ueberweisungs-Liste für Lohnempfänger.

Das Reichsfinanzministerium gibt bekannt: Für die Zwecke des Finanzausgleichs muß nach den Ergebnissen des Kalenderjahres 1925 ein neuer Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer aufgestellt werden. Dazu müßten an sich, wie dies auch für das Jahr 1922 geschehen ist, die Arbeitgeber Ueberweisungsblätter ausstellen, die den Namen des Arbeitnehmers, den von ihm bezogenen Arbeitslohn und den davon einbehaltenen Steuerabzugsbetrag enthalten. Um aber die für die Wirtschaft daraus entstehende Arbeitsbelastung auf das geringst mögliche Maß zu beschränken, hat sich der Reichsminister der Finanzen durch Verordnung vom 19. Januar 1926 damit einverstanden erklärt, daß an Stelle der Ueberweisungsblätter Ueberweisungslisten in vereinfachter Form nur für die Arbeitnehmer eingereicht werden, die nicht in der Beschäftigungsgemeinde selbst gewohnt haben; für die Arbeitnehmer, die in der Beschäftigungsgemeinde selbst gewohnt haben, sind irgendwelche Unterlagen dem Finanzamt nicht einzureichen. Die Vordrucke für die Ueberweisungslisten werden von den Finanzämtern den Arbeitgebern auf Verlangen kostenlos zur Verfügung gestellt. Sofern der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Jahre 1925 durch Verwendung von Steuermarken vorgenommen worden ist, sind auch die Steuerkarten und Einlagebogen 1925 dem Finanzamt einzureichen.

Die Frist für die Einreichung der vereinfachten Ueberweisungslisten, Steuerkarten usw., die ursprünglich am 15. Februar 1926 ablaufen sollte, ist bis zum 1. März 1926 verlängert worden.

Steuerfreie Einlagen bei der Sparkasse.

Das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 sieht wieder einkommensteuerfreie Spareinlagen vor. Diese Bestimmung bietet die Möglichkeit, einen Spargroschen zu erwerben, der steuerfrei bleibt. Der Weg hierzu steht jedem offen, der seine Spareinlagen unwiderruflich auf zwanzig (!) Jahre (oder für den Todesfall) bei der Sparkasse festlegt und diese Vereinbarung seinem Finanzamt mitteilt. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann jeder jährlich bis zu 480 Reichsmark steuerfrei sparen, d. h. den ersparten Betrag als Werbungskosten von dem steuerfreien Einkommen in Abzug bringen. Für die Ehefrau und jedes nicht selbständig zu veranlagende Kind erhöht sich der abzugsfähige Betrag um je 100 Reichsmark. Zu berücksichtigen ist dabei, daß in die abzugsfähige Summe von 480 Reichsmark auch die Beiträge zur Sozialversicherung, Sterbekasse und die Versicherungsprämien eingeschlossen sind. Für Steuerpflichtige, deren Einkommen dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, gilt folgendes: Sofern mit dem Steuerabzug vom Arbeitslohn die Steuerschuld abgegolten wird, bleiben jährlich 240 Reichsmark (ab 1. Januar 1926) zur Abgeltung der Sonderleistungen steuerabzugsfrei.

Leistungssteigerung durch gutes Licht.

Im Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine betonte Ingenieur Rosenthal, der Leiter der Abteilung für Lichtwirtschaft bei der Osram-Gesellschaft, den großen Wert einer sachgemäßen Beleuchtung für den Arbeiter in der Werkstatt, die Verminderung der Unfallsgefahr in entstehende Arbeitsbelastung auf das geringstmögliche keit hin, die von seiten des Staates und der Privatgesellschaften im Interesse der besseren Beleuchtung auf den Straßen und im Haushalt noch zu entfalten sei. Auch die Farbe des Lichtes ist ja von besonderer Bedeutung, nicht nur für die Beurteilung von Stoffen aller Art, auch die Wirkung einer Schaufensterbeleuchtung hat sich nicht nur von der Intensität, sondern auch von der Farbe des Lichtes als abhängig erwiesen. Mit Recht wies der Vortragende darauf hin, daß es in der Praxis durchaus nicht in erster Linie auf die absolute Lichtstärke der Beleuchtungsmittel ankommt, sondern auf die günstige physiologische Wirkung des Lichtes auf das menschliche Auge. Hier haben sich ja besonders die gasgefüllten Nitralampen, das künstliche Tageslicht und das Opallicht außerordentlich bewährt, bei denen die störende Blendung in geringerem Umfange als bei den früheren rötlich strahlenden Lampen auftritt. Der Grund dieser Erscheinung ist vor allem die Anwesenheit größerer Mengen von blauen Strahlen. Die Abteilung Lichtwirtschaft wird bemüht sein, ihre Propagandatätigkeit für eine zweckmäßig ausgestaltete Lichtwirtschaft auf streng wissenschaftlicher Grundlage aufzubauen.

Vermieter und Untermieter.

Wenn jemand von seiner Wohnung möblierte Zimmer abvermieten will, bedarf er vor allem der Zustimmung seines Hauswirts. Diese Zustimmung kann aus wichtigen Gründen verweigert werden, so z. B. dann, wenn der Untermieter ein bekannter Verbrecher ist oder ein Mensch, der den Ruf des Hauses herabsetzen würde. Aus nichtigen Gründen oder aus Bosheit darf die Zustimmung jedoch nicht verweigert werden. Da gegenwärtig der Mieter in einem solchen Falle nicht zur augenblicklichen Kündigung des Mietsverhältnisses schreiten könnte und da das Vermieten für ihn vielleicht zur Lebensfrage geworden ist, kann die Erlaubnis des Hauswirts durch eine Verfügung des Mietseinigungsamts ersetzt werden. Dieses kann die Erlaubnis nur versagen, wenn wichtige Gründe hierfür vorliegen.

Die Duldungspflicht einer Dachantenne.

war schon mehrfach Gegenstand von Prozessen. Der Umfang des Gebrauchsrechts ergibt sich einmal unmittelbar aus dem Wortlaut des abgeschlossenen Mietvertrages, zum anderen aus der allgemeinen Verkehrssitte. Wie nach dieser nun etwa eine Fernsprechanlage keiner besonderen Genehmigung bedarf, so auch die Radioanlage mit Dachantenne. Eine solche ist nach dem heutigen Stand des Funkwesens keine überflüssige Luxusanlage, sondern als Allgemeingut der Bevölkerung ein Gegenstand des täglichen Bedarfs. Daraus ergibt sich mangels besonderer Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter das Recht des letzteren, ohne Zahlung einer Entschädigung an den Vermieter eine Antenne auf dem Dache des Hauses anzulegen. Voraussetzung ist dabei ihre sachgemäße Anlage und Unterhaltung; für Beschädigungen des Daches ist der Mieter haftbar.

Unterstützung an nachgeheiratete Witwen.

Nachdem Witwen aus einer nach der Versetzung in den Ruhestand geschlossenen Ehe mit einem Offizier oder Beamten auf Grund des Artikels 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues und Aenderung der Personalabbau-Verordnung vom 4. August 1925 Witwengeld erhalten können, dürfen solchen Witwen auch einmalige Unterstützungen bewilligt werden, und zwar durch die Hauptversorgungsämter, welchen das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium diese Befugnis übertragen hat.

Volle Ermäßigung beim Lohnabzug der Kurzarbeiter.

Bei Kurzarbeitern sind die vollen Ermäßigungen abzusetzen (steuerfreier Lohnabzug und Familienermäßigungen.)

Beispiel: Ein nur in einem Betriebe tätiger Arbeiter im Wochenlohn hat wegen Betriebseinschränkung nur drei Tage in der Woche gearbeitet.

Abzuziehen: 1. steuerfreier Lohnbetrag für eine Woche (nicht für drei Tage), 2. die festen Abzüge bei wöchentlicher Zahlung (wenn sie statt prozentualer Familien-Ermäßigungen in Frage kommen).

Wenn zu geringe Ermäßigungen bisher berücksichtigt worden sind, kann Erstattung beantragt werden. (Endfrist für 1925 ist der 31. März 1926. Verlängerung der Frist für die Antragsteller ist zu erwarten. (Erlaß RFM. vom 9. 2. 1926 — III c 900.)

Beabsichtigte Beibehaltung der Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer-Vorauszahlungstermine.

für 10. 4., 10. 7., 10. 10., 10. 1.

Das neue Einkommensteuer-Gesetz (§ 95, Satz 1), das die Vorauszahlungen auf Vierteljahresmitte (also 15. Febr. usw.) verlegt, soll dahin geändert werden, daß obige Termine per 10. 4. usw. bleiben. Dadurch soll vermieden werden, daß in 1926 fünf Vorauszahlungen fällig würden.

Diejenigen gewerblichen Betriebe mit Geschäftsjahrabschluß vor 1. 7. 1925, die zwischen dem 10. 1. und 15. 2. 1926 den Einkommen- bzw. Körperschafts-Veranlagungsbescheid erhalten haben, brauchen zu der am 10. Januar fällig gewesenen Vorauszahlung keine weitere Vorauszahlung am 15. 2. 1926 zu leisten. Sie zahlen erst wieder am 10. 4. 1926. Hiervon ist den in Frage kommenden Betrieben durch das zuständige Finanzamt Mitteilung zugegangen. (Erlaß RFM. vom 10. 2. 1926. — III c 800.)

Umsatzsteuerpflicht einkalkulierter Frachtkosten.

(RFH. v. 7. 10. 1925 — VA. 165/25)

Die Streitfrage, ob die Frachtkosten nach § 8 Abs. 6 UStG. steuerfrei sind, wenn sie in den Preis einkalkuliert, vom Warenempfänger bezahlt (unfrankierte Sendung) und an der Rechnung gekürzt werden, ist dahin entschieden, daß Steuerpflicht besteht. Steuerfrei sind Frachtkosten nur, wenn sie gesondert in Rechnung gestellt und vom Lieferanten verauslagt sind.

Handelsvertreter ist die alleinige Berufsbezeichnung für die Handelsagenten im Sinne des § 84 des HGB. Infolge der mißbräuchlichen Benutzung des Wortes „Agent" in der Kriegszeit hat der Beruf die neue Berufsbezeichnung Handelsvertreter angenommen, die auch von Behörden und Regierungsvertretern angewendet wird. Handelsvertreter ist also nach obigem § 84: wer, ohne als Handlungsgehilfe angestellt zu sein, ständig damit beauftragt ist, für das Handelsgewerbe eines anderen Geschäfte zu vermitteln oder im Namen des andern abzuschließen. Der Handelsvertreter ist demnach selbständiger Kaufmann, nicht etwa Angestellter.

Der Mietsstempel berechnet sich nach der Dauer der Vertragszeit. Bei Verträgen auf unbestimmte Zeit ist der Versteuerung eine einjährige Dauer zugrunde zu legen. Enthält ein Pacht- oder Mietvertrag die Bestimmung, daß nach Ablauf der zum nächsten bestimmten, auf länger als ein Jahr bemessenen Vertragsdauer das Rechtsverhältnis unter gewissen Voraussetzungen als verlängert gelten soll, so berechnet sich der Stempel zu diesem Vertrage nach der Dauer der zunächst bestimmten Vertragszeit.

Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.

Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Botengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Goldpfennig der Doppelnummer 15 Goldpfennig. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheckkonto Amt Köln 24 635.

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.

Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 100 Goldpfennig. Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheckkonto Amt Köln 24 635

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Donnerstag den 18. März 1926 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage **103. Jahrgang — Nr. 64 (2. Blatt)**

Der Genfer Zusammenbruch.

Brasiliens Verantwortlichkeit. / Bestürzung überall. / Die deutsche Delegation nach Berlin abgereist.

WTB. Genf, 17. März. (Telegramm.) **Die Ueberraschungen in Genf haben bis zum Schluß angehalten und bis zur letzten Stunde wechselte das Bild. Nachdem in allerfrühester Morgenstunde die Tagung als gescheitert anzusehen war, wurde um 9 Uhr mitgeteilt, in der Nacht seien neue telegraphische Instruktionen aus Brasilien eingegangen, die deutsche Vertretung möge sich zur Aufnahme in der heutigen Vollversammlung vorbereiten. In Wirklichkeit aber verharrte Brasilien bei seiner Ablehnung und so mußte die Vollversammlung die Vertagung des Aufnahmegesuches Deutschlands bis zum Herbst beschließen. Die deutsche Delegation verließ heute abend 8 Uhr Genf, während Briand bereits mit dem Mittagszuge nach Paris zurückkehrte.**

Die Sitzung des Völkerbundes war auf 10 Uhr heute vormittag angesetzt, indessen war noch um 20 Minuten nach 10 Uhr der Saal fast völlig leer. Erst gegen 10,30 Uhr konnte die Versammlung eröffnet werden, worauf sofort Chamberlain das Wort erhielt. Dieser jedoch erklärte sofort, daß bevor er einen Antrag stellen könne, die Versammlung bitten müßte, eine Erklärung des brasilianischen Vertreters entgegenzunehmen, von der sein Antrag abhänge. Mello Franco, sichtlich erregt, bestieg hierauf unter großer Spannung der Anwesenden die Rednertribüne und verlas mit zitternder, vielfach stockender Stimme ein Manuskript, aus dem hervorging, daß der Entschluß Brasiliens, sich der Gewährung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland zu widersetzen, unerschütterlich sei. (Loucheur hört angestrengt zu und nickt verschiedentlich zu den Sätzen Mello Francos.) Die brasilianische Nation habe mit Interesse die Arbeiten der Konferenz von Locarno verfolgt; aber wie groß auch der Wert dieser Abkommen sei, das Werk von Locarno müsse in den Rahmen des Völkerbundes eingefügt werden und nicht umgekehrt der Völkerbund in den Rahmen der Verträge von Locarno. Die amerikanischen Nationen müßten im Rat eine zahlreichere und bedeutsamere Vertretung verlangen als bisher. Mello Franco schloß: „Die Mitglieder des Rates werden also unsere Loyalität nicht bestreiten können."

Auf die Ausführungen des brasilianischen Vertreters folgte eine von sichtbarer innerer Bewegung getragene Erklärung Chamberlains. Dieser stellte fest, daß der Aufnahmeausschuß auf alle Fragen über den deutschen Aufnahmeantrag bejahende Antworten abgegeben und die Annahme des deutschen Aufnahmeantrages einstimmig empfohlen habe. Deutschland habe von Anfang an eine natürliche und vernünftige Bedingung an seinen Eintritt geknüpft, die Erlangung eines ständigen Ratssitzes, der ihm mit Rücksicht auf seine große Bedeutung in der Welt unbedingt zukomme. Es sei eine Pflicht der Loyalität gegenüber Deutschland, zu erklären, daß die bedauerlichen Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen in Genf auf beiden Seiten gezeigt hätten, durch das Zusammenwirken aller Beteiligten aus dem Wege geräumt worden sei. Es erhob sich lebhafter Beifall, der sich zu einem Sturm steigerte, als Chamberlain den Edelmut von Schweden und der Tschecho-Slowakei pries, die durch ihre Opfer die Beseitigung aller Schwierigkeiten ermöglicht hätten. Das Werk von Locarno sei dadurch gerettet und die Gefahr vermieden worden, daß Europa von neuem in zwei Lager gespalten wurde. Er sei sicher überzeugt, daß trotz dieser erzielten Uebereinstimmung die Aufnahme Deutschlands nicht jetzt vollzogen werden könne. Er schloß mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß die Vertagung zur Sicherstellung des deutschen Eintritts in den Völkerbund bei der nächsten Session dienen werde. — Die Erklärungen Chamberlains machten sichtlich tiefen Eindruck auf die Versammlung.

Nach der Uebersetzung der Erklärungen Chamberlains schloß sich Briand unter starkem Beifall der Versammlung den Worten Chamberlains, auch dem Dank an Schweden und die Tschechoslowakei an. Auch Briand erklärte, die Mißverständnisse zwischen den Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der anderen Ratsstaaten schiene durch eine vollständige, gemeinsame Verständigung beseitigt, die durch die Vollversammlung die Weihe hätte empfangen sollen. Er sei tief von der Empfindung durchdrungen, daß man aus der heiklen Situation herauskommen werde und daß dabei weder das Ansehen irgend eines Landes noch insbesondere das des Völkerbundes auch nur im geringsten leiden werde. Briand warnte vor einer öffentlichen Herabminderung des Völkerbundes als Folge dieser schmerzlichen Ereignisse. Es handele sich um eine Entwicklungskrankheit. Mit großer Bewegung erklärte der französische Premierminister weiter: Ich finde es im höchsten Maße als eine Grausamkeit des Schicksals daß die Zusammenarbeit mit Deutschland mir heute noch versagt ist. Aber wir alle sind, und zwar auf die Initiative der deutschen Delegierten (Starker Applaus, an dem sich die brasilianische Vertretung aber nicht beteiligt), dahin übereingekommen, daß der ehrliche und aufrichtige Friedenspakt, den wir in Locarno geschlossen haben, darunter nicht leiden darf.

Nach Briand sprach der gegenwärtige Vorsitzende des Völkerbundsrates, Ishii, Japan, der den von der deutschen Delegation zur Debatte gestellten Vorschlag auf sofortige Schaffung einer besonderen Studienkommission zum Antrag erhob. Diese Kommission soll bis zur Septembertagung der Völkerbundsversammlung ihre Aufgabe beendet haben.

Der schwedische Außenminister Unden bedauerte in ebenso entschiedenen wie kurzen Worten, daß in der Hauptsache durch nationalistische und Einzelinteressen das eigentliche Ziel der Tagung des Völkerbundes gescheitert sei, nämlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat.

Caballero (Paraguay) verlas im Namen von Chile, Kolumbia, Kuba, Guatemala, Nikaragua, Paraguay, Panama und der dominikanischen Republiken Venezuela und Uruguay eine verhältnismäßig scharfe Erklärung gegen die Haltung des brasilianischen Delegierten, deren Inhalt bereits gestern vormittag zur Kenntnis Mello Francos gebracht worden war. Darin wird Brasilien ersucht, mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwierige Lage sich den Entschlüssen der Mehrheit anzuschließen, denn die amerikanischen Völker müßten für den Frieden Europas beitragen.

Motta (Schweiz) und Laudon (Holland) gaben ihrer tiefsten Bestürzung über das Scheitern der Verhandlungen der Versammlung gegenüber Ausdruck. Motta erklärte u. a., daß es die wesentlichste Aufgabe des Völkerbundes sei, die Aufnahme Deutschlands bis zur Septembertagung zurückzustellen, da sonst ein Zusammenbruch des Völkerbundes unter dem Wutschrei der Völker erfolgen würde. Laudon verschärfte diese Bemerkungen, indem er darauf hinwies, daß die Versammlung, in der die Vertreter von 48 Ländern zusammengekommen seien, nur einige Brocken von dem, was in den vergangenen Tagen vorgegangen sei, erfahren hätte. Die tiefe Mißstimmung für die einzelnen Mitglieder, daß die Aufnahme Deutschlands in die Völkerbundsversammlung nicht vollzogen sei, sei deshalb allerdings begreiflich. Es sei zu befürchten, daß eine Herabminderung des Ansehens des Völkerbundes, mindestens aber ein Prestigeverlust die Folge des Scheiterns der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sein werde.

Nansen (Norwegen) betonte, es habe sich weder eine Vollversammlung noch auch nur eine formale Ratssitzung mit den aufgetauchten Schwierigkeiten zu befassen gehabt. Deshalb sei der Völkerbund selbst für das im höchsten Grade bedauerliche Scheitern seiner Aufgabe nicht zu tadeln.

Aehnlich äußerte sich der estländische Außenminister Pitt.

Der chinesische Delegierte Chao Jin Chu bezeichnet es als falsch, daß der Völkerbund die militärische Macht zum Maßstab des Einflusses eines Landes mache.

Comnene (Rumänien) spricht seine Uebereinstimmung mit den Maßnahmen Dr. Beneschs während der Krise aus.

Der Vertreter Dänemarks, Zahle, stimmte dem Vorschlag auf Bildung einer Studienkommission zu, beantragte aber eine Abänderung dahingehend, daß der Rat nur vier Sitze in der Kommission erhalten solle.

Eine heitere Note brachte die Rede des albanischen Vertreters, der in temperamentvoller Weise den Antrag stellte, die Versammlung solle einfach die Aufnahme Deutschlands beschließen. Er fand stürmischen Beifall auf der Tribüne, während Briand sein Gesicht zu einem schmerzlich-bitterne Lächeln verzog. Die Debatte war hiermit erschöpft und der Präsident stellte fest, daß der albanische Delegierte vergessen habe, seinen Antrag schriftlich zu formulieren und deshalb nur der Kommissionsantrag auf Vertagung übrig bleibe. Da niemand widersprach, ist der Antrag einstimmig angenommen. Auch der Antrag Briands und derjenige Ishiis auf Einsetzung einer Studienkommission wird ohne Widerspruch angenommen. Die Versammlung wurde darauf geschlossen.

*

Der Ausklang in Genf.

MTB. Berlin, 18. März. (Telegramm.)

Das Spiel ist aus! — Bis auf weiteres. Die deutsche Delegation ist Mittwoch abend von Genf abgereist und trifft Donnerstag nachmittag in Berlin wieder ein. Noch heute Abend werden voraussichtlich Dr. Luther und Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten Hindenburg eingehend Bericht über die Genfer Vorgänge erstatten. Dagegen ist fraglich, ob am Donnerstag abend auch noch das Reichskabinett zusammentreten wird, oder ob diese Besprechung erst auf Freitag vormittag festgesetzt wird. Im ganzen besteht die Auffassung, daß in Berliner zuständigen Kreisen die Haltung der deutschen Delegation in Genf gebilligt wird.

Da am Mittwoch die Vollversammlung des Reichstages nach einer mehrtägigen Unterbrechung ihre Arbeiten wieder aufnahm, so bildete naturgemäß der Ausgang des Genfer Ringens das nahezu einzige Gespräch in den Wandelhallen des Reichstages. Im allgemeinen wird die Lage im Augenblick ohne besondere Erregtheit beurteilt. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, als ob sich die Stellung Deutschlands durch die Vertagung in Genf mindestens nicht verschlechtert hat. Die Freunde des Völkerbundsgedankens im Reichstag bedauern den Ausgang der Genfer Tagung allerdings vor allem deshalb, weil der Völkerbundsgedanke in Deutschland dadurch einen schweren Stoß erlitten und seine Gegner ein nicht zu unterschätzendes Argument gegen ihn in die Hände bekommen haben.

Ueber die vorliegenden Meinungsäußerungen aus den Kreisen der verschiedenen Parteien ist folgendes mitzuteilen:

Ein sozialdemokratischer Führer erklärte, daß seine Fraktion das Scheitern der Genfer Einigungsverhandlungen mit großem Bedauern aufnahm. Die Verhandlungen hätten den Beweis erbracht, daß die Völkerbundsorganisation noch sehr in den Kinderschuhen stecke, jedenfalls sei zu erwarten, daß die Genfer Verhandlungen in den hauptbeteiligten Staaten zu sehr erregten innerpolitischen Kämpfen führen würden.

Aehnlich äußerte sich ein Vertreter der demokratischen Partei, der die Schuld den Staatsmännern zuschiebt, welche glaubten, Deutschland im letzten Augenblick unter Druck halten zu können und Deutschland vollkommen unmögliche Bedingungen aufzunötigen. Die deutsche Delegation dürfte nach dem jetzigen Ausgang der Genfer Verhandlungen einen erheblich leichteren Stand gegenüber dem Reichstag haben, als dies bei der Verwirklichung des Projektes eines Austausches des Ratssitzes zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen der Fall gewesen wäre.

In Zentrumskreisen äußert man sich dahin, daß keinerlei Anlaß vorliege, den deutschen Delegierten hinsichtlich ihrer Haltung in Genf irgendwelche Vorwürfe zu machen. Der Kurs der Auslandspolitik müsse weiter verfolgt werden.

Bei den Deutschnationalen herrscht im Augenblick noch bei den Politikern dieser Fraktion Zurückhaltung. Immerhin ist zu erwarten, daß sehr bald von dieser Seite eine recht aktive Aktion im Reichstag gegen die Regierung eingeleitet wird. Ernsthaft glaubt man natürlich nicht, daß die Stellung der gegenwärtigen Regierung durch die zu erwartenden Mißtrauensanträge der Deutschnationalen gefährdet werden könnte.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei herrscht die Auffassung vor, daß die Stellung Stresemanns als Außenminister durch die Genfer Vorgänge in keiner Weise erschüttert worden sei. Dr. Stresemann werde in Uebereinstimmung mit der Regierung und der Fraktion weitere Versuche machen zur loyalen Durchführung seiner Politik, wobei er auch von der Loyalität der Gegenseite, die sich in Genf vorerst als brüchig erwies, abhängig sei.

*

Empfang der deutschen Presse durch Luther und Stresemann.

WTB. Genf, 17. März. (Telegramm.) Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfingen heute nachmittag die in Genf anwesenden Vertreter der deutschen Presse vor der Abreise der Delegation.

Reichskanzler Dr. Luther knüpfte an die Worte Briands, die er bei einem vorangegangenen Empfang der deutschen Presse ausgesprochen hatte, an. Wir haben, so führte er aus, bezüglich unserer Anmeldung beim Völkerbund zwei Ausgangspunkte. Der erste hängt mit dem Wort Macdonalds vom Herbst 1924 über den „leeren Stuhl" zusammen. Auf unsere damalige Anfrage bei den zehn Mächten des Völkerbundsrats wurde uns der ständige Ratssitz zugesichert. Brasiliens Antwort, die jetzt veröffentlicht wurde, war bei der großen politischen Aktion nicht nur moralisch, sondern auch juristisch im Rahmen der gesamten Aktion bindend. Deutschland war daher durchaus berechtigt, sich auf diese Antwort zu stützen und seinen Ratssitz als gesichert anzusehen.

Der zweite Ausgangspunkt hängt mit dem deutschen Februarmemorandum zusammen. Dieses enthielt eine Anregung bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nicht. Erst im Juni wurde eine solche von Frankreich zugleich namens seiner Alliierten verlangt und deutscherseits unter den Voraussetzungen, die sich aus den im Herbst 1924 erhaltenen Antworten der Ratsmächte ergaben, zugesagt. Dann kam der Vertrag von Locarno zustande; er ist juristisch noch nicht, indessen politisch wirksam geworden. Unbeschadet ihres Ausmaßes ist die Tatsache des Eintretens von sogenannten Rückwirkungen unbestreitbar. Demgemäß stellt die Verpflichtung des gestrigen Beschlusses, Locarno weiter wirken zu lassen, eine bedeutungsvolle Kundgebung dar. Der Kanzler verwies sodann darauf, daß wir erst nach Absendung des Eintrittsantrages die Ansprüche anderer Mächte vernommen haben, aber daß offenbar vorher bereits Bindungen bestanden haben, die uns unbekannt waren. Das Festhalten an den Grundprinzipien, mit denen wir nach Genf kamen, war deshalb unumgänglich notwendig, weil unsere ganze Werbearbeit für Locarno auf diesem Gedankengange aufgebaut war. Der Kanzler verwies darauf, daß in seiner Hamburger Rede die Genfer Entwicklung nicht vorweg genommen werden konnte, doch habe der Inhalt dieser Darlegungen bedeutet, daß weder eine Vergrößerung noch eine wesentliche Kräfteverschieburg im Rate von Deutschland zugelassen werden könnte. Deshalb war z. B. der Vorschlag, Schweden im Rat durch Polen zu ersetzen, unmöglich; der letzte Versuch aber, der die Ersetzung zweier Mächte durch zwei andere, wesentlich gleichbedeutende, vorsah, tragbar. Spaniens angekündigtes Verhalten — Zustimmung zu dem deutschen Ratssitz und eigene Zurückziehung von der Mitarbeit im Völkerbund — war allerdings schon ein höchst unangenehmes Ereignis gewesen. Die Ablehnung Brasiliens indessen hat wie ein Naturereignis gewirkt sie war in höchstem Grade schwerwiegend und wurde von der Versammlung des Völkerbundes als eine außerordentliche Schädigung empfunden.

Die organisatorischen Vorbereitungen zur Verhütung von solchen Zwischenfällen hätten nach Lage der Dinge jedenfalls nicht den deutschen Teilnehmern obgelegen. Die völlige Einigkeit der Locarnomächte und die einmütige Zustimmung der übrigen ergibt aber für uns die Aufgabe, auch in der Völkerbundsrichtung entschieden weiter zu arbeiten und den Stand der Dinge so zu betrachten, daß wir uns bemühen, zum Segen für das deutsche Volk eine Entwicklung zu fördern, die uns im weiteren Verlaufe doch noch als Mitglied in den Völkerbund und in den Rat führt.

Die erschütterte Stellung Chamberlains u. Briands.

MTB. Paris, 17. März. (Telegramm.) Echo de Paris meldet aus London, daß die Stellung Chamberlains als erschüttert gilt. Drei Personen bewerben sich um die Nachfolge: Lord Cecil, Lord Birkenhead und Lord Churchill.

MTB. Paris, 18. März. (Telegramm.) In politischen Kreisen war gestern abend erklärt worden, daß Briands Stellung infolge der Stockung der Verhandlungen über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ernstlich erschüttert worden sei. Es heißt, daß Herriot und seine Freunde die Absicht hätten, bei der ersten Gelegenheit die Regierung zu übernehmen.

Die Berliner Presse zum Ausgang in Genf.

⊙ Berlin, 17. März. (Telegramm.) Die deutschnationalen Zeitungen sprechen von einem Zusammenbruch des Völkerbundes und der Locarnopolitik. So schreibt die Deutsche Zeitung: „Der Locarnovertrag ist tot. Der deutsche Reichstag hat ihn gebilligt unter der Voraussetzung, daß Deutschland nach Stellung seines Antrages sofort in den Völkerbund aufgenommen und ständiges Ratsmitglied wird. Diese Voraussetzung ist eingetreten. Damit ist das Gesetz vom 29. November 1925 null und nichtig. Dr. Luther und Dr. Stresemann, deren Politik zusammengebrochen ist haben von der politischen Bühne abzutreten." Die deutschnationale Kreuzzeitung, die gleichfalls einen Wechsel in der deutschen Politik fordert, sagt: „Das Veto Brasiliens war die unmittelbare Veranlassung für den kläglichen Mißerfolg der Genfer Tagung. Die eigentliche Ursache für die Genfer Blamage war aber die französisch-polnische Politik, von dem englischen Außenminister Chamberlain mit einem Eifer unterstützt, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Daß Briand schon in Locarno Polen versprochen hatte, ihm auf der Genfer Tagung gleichzeitig mit Deutschland einen Ratssitz zu verschaffen, daß Chamberlain ein ähnliches Versprechen an Spanien gegeben und daß der englische Staatsmann sich heimlich mit Briand verständigt hatte, das alles erfuhr man erst kurz vor und während der Genfer Tagung. Pflicht unter Gentlemans wäre es gewesen, Deutschland die Absicht, zugleich mit ihm auch noch andere Mächte in den Rat aufzunehmen, schon in Locarno mit aller Klarheit mitzuteilen. Daß unsere Vertragsgegner dies unterlassen haben, war ein Verstoß gegen Treue und Glauben im Verkehr der Völker." Von den nicht deutschnationalen Blättern sei zunächst das Zentrumsblatt Germania erwähnt, das es als ratsam bezeichnet, nicht wieder eine deutsche Delegation nach Genf zu schicken, bevor nicht alle Vorfragen in einer Weise erledigt sind, die Deutschland den Eintritt in den Völkerbund möglich machen. Das demokratische Berliner Tageblatt sagt: „Daß Deutschland irgendeine Verantwortung an dem Lauf der Dinge in Genf trägt, wird nach den Feststellungen in der heutigen Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes niemand in der Welt auch nur mit einem Schein von Recht behaupten können und dieses Ergebnis rechtfertigt glänzend die Haltung der deutschen Delegation." In der ebenfalls demokratischen Vossischen Zeitung heißt es: „Der Besiegte von Genf ist der Versailler Völkerbund. Der Völkerbund mit allen seinen Mängeln bedeutet die einzige Hoffnung, daß die dauernde Barbarisierung Europas verhindert werden kann. An diese Hoffnung gilt es anzuknüpfen. Ein Trost ist es, daß der deutsch-französische Gegensatz in Genf keine Rolle gespielt hat, daß vielmehr zwischen Briand und Stresemann eine loyale Zusammenarbeit erfolgt ist, die es ermöglicht, die Arbeit für den europäischen Zusammenschluß fortzusetzen." Auch der sozialdemokratische Vorwärts spricht von einer schweren moralischen Niederlage des Völkerbundes. Für uns Deutsche sind die Verträge von Locarno der Kern der Völkerbundspolitik. Für uns beginnt der Völkerbund mit dem Bund der Völker Frankreichs und Deutschlands. Sind Deutschland und Frankreich einig, dann droht dem europäischen Frieden keine Gefahr."

Der Eindruck in Paris.

MTB Paris, 18. März. (Telegramm.) Die Vertagung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat in Paris peinliches Aufsehen erregt. Sie wird ohne Zweifel als ein schwerer Mißerfolg Briands gedeutet. Während gewisse Kreise es fertig bringen zu behaupten, die Haltung Brasiliens sei von Deutschland beeinflußt, ist man überwiegend der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten für die Haltung Brasiliens in erster Linie verantwortlich sind. Havas veröffentlicht eine offenbar inspirierte Erklärung, in der es heißt, die Aeußerungen Briands über die eventuelle Zuteilung eines Kolonialmandats an Deutschland sei nicht richtig wiedergegeben und ausgelegt worden. Niemals sei davon die Rede gewesen, Deutschland jetzt ein Kolonialmandat zu erteilen, sondern Briand habe lediglich darauf hingewiesen, daß Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die allen Mitgliedern zuerkannten Rechte genießen, eventuell Kolonialmandate zu erhalten.

Die englische Presse über das Fiasko in Genf.

MTB. London, 18. März. (Telegramm.) Die englische Presse belastet Brasilien mit der Schuld an dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Genf. Daily Telegraph betont ausdrücklich, daß jeder Versuch, die Schuld auf Deutschland abzuwälzen, nicht nur unrichtig, sondern in höchstem Maße verächtlich sei. Im übrigen hätten von den Staatsmännern der im Rat vertretenen Mächte alle, außer Unden, an ihrem Rufe eingebüßt. Unden gehe aus der Krise mit größter Hochachtung hervor, da er von vornherein die Gefahr erkannt habe, die darin lag, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit einer Aenderung der Verfassung des Völkerbundes zu verquicken, und weil er seine Stimme dafür eingesetzt habe, daß diese Frage auf den Herbst verschoben werde. Westminster Gazette warnt bereits vor den Berichten aus Paris, da sie sicherlich nach alter Gewohnheit Deutschland als den Unruhestifter hinstellen würden. Nach dem Daily Expreß müssen geheime Kräfte am Werke gewesen sein, um den Zusammenbruch hervorzurufen. Seit acht Tagen seien immer wieder neue Marionetten auf die Bühne geschoben worden, und zwar erst dann, wenn eine Lösung der Krisis in Aussicht stand. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Italien dabei seine Hand im Spiele gehabt habe. Auch die Times geben zu, daß die Ursache für den Zusammenbruch anderwärts zu suchen sei. Es sei bezeichnend für die Gesamtlage, daß sich in Genf Briand, Grandi und Nintschitsch über die Grundlagen eines französisch-italienisch-südslawischen Paktes betr. die Angelegenheiten Mitteleuropas geeinigt hätten.

Die brasilianische Presse über Genf.

WTB. Rio de Janeiro, 17. März. (Telegramm.) Die hiesigen Zeitungen bringen über die Vorgänge in Genf lange Artikel. Eine Gruppe sieht Deutschlands Haltung als Beleidigung für Brasilien an und schlägt vor, Vergeltung zu üben. Drei Zeitungen empfehlen nötigenfalls deutsche Waren zu boykottieren, um den Anspruch Brasiliens auf einen Ratssitz Nachdruck zu verleihen. Eine andere Zeitungsgruppe erklärt, Brasilien sollte dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen und dem Völkerbund fern bleiben. Aus seiner Mitgliedschaft beim Völkerbunde erwachse ihm kein Nutzen. Die dritte Gruppe betont, daß Brasilien auch fernerhin in Genf die westliche Halbkugel repräsentieren solle. Der Corriere Domanha sagt: Die Politik des Hasses und der Habgier, die zwischen den Staaten Europas herrscht, vergiftet nach und nach die Zivilisation. Wir müssen Schranken gegen eine solche Politik errichten. Argentinien hat sich bereits aus dem Völkerbund zurückgezogen und die Vereinigten Staaten haben sich überhaupt nicht in den Genfer Dunst begeben. Warum bestehen wir darauf, in dieser infizierten Gegend zu bleiben? Besser wäre es, wir kehrten in die reine Luft Amerikas zurück, das sich von der kriegerischen Feindseligkeit in Europa fernhält.

Imparcial sagt: Deutschland bleibt bei seiner Gewohnheit die internationale Vorherrschaft dadurch zu erstreben, daß es Unruhe zwischen den anderen Nationen stiftet. Brasilien wird den deutschen Standpunkt entschieden bekämpfen.

Noticias schreibt: Wir fordern unsere legitimen Rechte. Wenn Deutschland weniger unduldsam wäre, würde es unsere großmütige Behandlung während des Krieges nicht vergessen. Diese Zeitung befürwortet den Boykott deutscher Waren und tritt dafür ein, daß die deutschen Angebote bei Vergebung öffentlicher Arbeiten nicht berücksichtigt werden.

Andere Blätter, die an Deutschlands Haltung Kritik üben, gehen in ihren Forderungen nicht so weit wie die Noticias.

Aus dem Reichstag.

⊙ Berlin, 17. März. (Telegramm.) Im Reichstage kam es heute bei der Fortsetzung der 2. Beratung des Haushalts des Reichinnenministeriums zu einer größeren Kulturaussprache. Es wurde über Kunst und Wissenschaft gesprochen, wobei die Redner aller Parteien die Tatsache beklagten, daß für die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Aufgaben im Haushalt des Reichsinnenministeriums geringe Summen eingesetzt sind. Im Interesse der deutschen Wissenschaften wünschte man als eine stärkere Unterstützung der künstlerischen Wissenschaften Reichsinstitute. Den notleidenden Künstlern soll von Reichswegen durch ständige Verkaufsausstellungen, Einbeziehung freier Künstler zu Reichsaufträgen und durch die Schaffung billiger Ateliers nach Möglichkeit geholfen werden. Bei der Erörterung des Schulwesens wurde von allen Seiten die beschleunigte Vorlegung des Reichsschulgesetzes, eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Lehrerbildung und des Privatschulwesens verlangt. Mit besonderer Wärme traten die Redner aller Parteien für die Förderung der körperlichen Ertüchtigung der Jugend, für Jugendwandern und Pflege der Leibesübungen ein. Die Donnerstagssitzung, die 12 Uhr mittags beginnen soll, wird sich auch mit den Mißtrauensanträgen gegen den Reichsinnenminister beschäftigen.

Die Zwischenlösung der Hauszinssteuer vom Landtag angenommen.

Wp. Berlin, 17. März. (Telegramm.) Entgegen seinem ursprünglichen Plane nahm der preußische Landtag, der nach elftägiger Pause seine Plenarsitzungen heute wieder beginnen ließ, noch heute die Abstimmung über die sog. Zwischenlösung der Hauszinssteuer vor. Bekanntlich soll diese Zwischenlösung am 1. April in Kraft treten und bis zum 1. Juli wirksam sein. Die Erhöhung der Hauszinssteuer von bisher 28 auf 36 Prozent sieht aber ebenso, wie die endgültige Vorlage, eine ganze Reihe von Steuerbefreiungen der Sozialbedürftigen, Minderbemittelten und notleidenden Privatbetriebe usw. vor. In der Schlußabstimmung fand die Vorlage gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten Annahme. — Im übrigen beschäftigte sich der Landtag hauptsächlich mit der 2. Beratung des Hauszinssteuergesetzes, das nach Ablauf der Gültigkeit der Zwischenlösung die Hauszinssteuerfrage regeln soll. Die Frage der Einbeziehung oder Heranziehung der Landwirtschaft in die Hauszinssteuer wurde in der Aussprache als Angelpunkt der ganzen Vorlage bezeichnet. Der Hauptausschuß hatte in der ersten Beratung die Einbeziehung gestrichen, aber in zweiter Beratung wiederhergestellt. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Landtage. Sie ist aber auch da durchaus unübersichtlich, weil sowohl die Zentrumsfraktion wie auch die demokratische in dieser Frage geteilter Auffassung sind und weil die Kommunisten ihre Stellungnahme davon abhängig machen, ob und wie die kleinbäuerlichen Betriebe befreit oder belastet werden. — Die Abstimmung über die Vorlage wird erst in der nächsten Woche stattfinden. Heute überwies das Haus noch ohne Aussprache in der ersten Beratung die Gesetzentwürfe über die Führung der auf Grund der jüngsten Volkszählung neuentstandenen 21 preußischen Stimme im Reichsrat durch das Staatsministerium dem Verfassungsausschuß und vertagte sich dann auf Donnerstag.

8—9 Millionen Stimmen für das Volksbegehren.

⊙ Berlin, 17. März. (Telegramm.) Die Einzeichnung für das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten ist heute abgeschlossen worden. Die Zahl von 4 Millionen Unterschriften, die nötig ist, um den Volksentscheid herbeizuführen, ist mehrfach überschritten. Man rechnet damit, daß 8—9 Millionen Unterschriften abgegeben worden sind. In den Großstädten wurde vielfach eine Beteiligung von über 50 Prozent der Wählerschaft erzielt. Berlin ist auf etwa 1 800 000 Unterschriften gekommen. Hamburg auf 400 000, Leipzig auf 300 000, Dresden, Breslau, Hannover je auf weit über 200 000, Köln 160 000 (34 Prozent). Auf jeden Fall wird diese unerwartet starke Beteiligung einen Druck auf die Beratungen über das Entschädigungsgesetz im Rechtsausschuß ausüben. Am stärksten war die Beteiligung in Mitteldeutschland, stark auch in Rheinland. Sehr schwach war sie dagegen in Schlesien und Ostpreußen.

⊙ Berlin, 18. März. (Telegramm.) Es werden noch folgende Ergebnisse gemeldet: Hamburg 378 000, Braunschweig 44 676, Halle 49 373, Hannover 149 210, Kassel 43 625, Frankfurt (Main) 140 990, Leipzig 101 447, Breslau 155 252, Magdeburg 91 597, Wiesbaden 18 532, Leipzig 239 797, Stuttgart 96 976, Mannheim 81 086, München 91 094, Lübeck 36 372, Duisburg 43 368, Essen 95 594, Gelsenkirchen 38 873, Bochum 24 329, Oberhausen 14 352.

Wp. Aachen, 17. März. (Telegramm.) An dem Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten haben sich in der Stadt Aachen von rund 104 000 Wahlberechtigten bis heute abend 20 980 Personen beteiligt. — Aus dem Landkreise Aachen ist das Gesamtergebnis nicht vor morgen zu erwarten. Bekannt ist das Ergebnis nur aus drei Orten: in Eschweiler Stadt haben sich 3488, in Herzogenrath 992, in Walheim 621 Personen in die Listen eintragen lassen.

Köln im Flugverkehr.

Wp. Köln, 17. März. Am 6. April wird der regelmäßige Luftverkehr vom Flughafen Köln aus durch die „Deutsche Luftbansa A.-G." aufgenommen werden. Die endgiltige Festlegung des Streckennetzes hängt von dem Ausgang der z. Zt schwebenden Verhandlungen in Paris ab. Nach dem Plane, der bis jetzt vorliegt, kommen für Köln folgende Luftlinien in Frage: Köln-Düsseldorf-Essen-Dortmund-Bremen-Hamburg (mit Anschluß nach Danzig, Königsberg, Moskau), Dortmund-Essen-Köln-Frankfurt-München (mit Anschluß nach Wien-Budapest und Anschluß nach Innsbruck), Köln-Halle-Breslau-Gleiwitz. In Halle Anschluß nach Berlin und Leipzig-Dresden, Amsterdam-Düsseldorf-Köln-Frankfurt-Mannheim-Basel. Eröffnung am 19. April. In Mannheim Anschluß nach Stuttgart-Zürich. Für den Fall, daß die Pariser Verhandlungen eine Verständigung ergeben, bleibt die Verbindung Köln-London und werden neugeschaffen die Linien Paris-Köln-Berlin und Kopenhagen-Hamburg-Köln mit Anschluß nach Paris. Daneben sind noch Lokalverbindungen vorgesehen, u. a. Düsseldorf-Köln. Im allgemeinen ist die Stadt Köln mit der Linienführung einverstanden. Wogegen sie starke Bedenken geäußert hat, ist das Bestreben, das mit Rücksicht auf die Unkosten bei einzelnen Fernlinien zu viel Landepunkte eingeschaltet worden sind.

General Brussilow tot.

MTB. Moskau, 17. März. (Telegramm.) Heute früh um 3 Uhr ist General Brussilow an den Folgen einer Lungenentzündung verschieden. Brussilow stand im Alter von 73 Jahren. Während der Zarenregierung war er Offizier, trat während des Weltkrieges mit Erfolgen hervor und stellte sich 1920 der Sowjetregierung anläßlich des Krieges gegen Polen zur Verfügung. Er war unter Trotzki längere Zeit militärischer Sachverständiger, jedoch ohne Kommandogewalt. General Brussilow war einer der fähigsten Heerführer, die im Weltkriege auf russischer Seite hervortraten. Er leitete im Sommer 1916 die große Offensive, die nach anfänglichen Erfolgen gegen die Oesterreicher durch das Eingreifen deutscher Truppen zum Stehen gebracht wurde.

Drohung der Aufständischen gegen Damaskus.

WTB. London, 17. März. (Telegramm.) Aus Jerusalem wird gemeldet, der Nationalrat der syrischen Aufständischen habe eine allgemeine Warnung an die europäischen Einwohner, Konsuln und Leiter der ausländischen Gesellschaften in Damaskus gerichtet, die Stadt sofort zu verlassen, da die Aufständischen die Grenze ihrer Geduld erreicht hätten und beabsichtigten, Damaskus zu zerstören und die Franzosen zu vertreiben.

Vom Heiratsalter.

⊙ Geheiratet wird eigentlich in jedem nur möglichen Alter. Wer es nicht glauben will, der lese die Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Eheschließungen nach dem Alter.

Das jüngste Heiratsalter für die Männer, das von der Statistik erfaßt wird, ist das 18. Lebensjahr. 398 „Männer" heirateten schon mit 18 Jahren; zwei derselben holten sich eine „Frau" mit 15 bezw. 16 Jahren! 80 Frauen waren älter als ihre jungen Männer. Fünf Frauen waren 28 bezw. 29 Jahre alt, ein 18jähriger heiratete eine 40jährige Frau. Hoffentlich war er damit „gut aufgehoben"!

Im 19. und 20. Lebensjahr heirateten schon 2325 Männer; 761 waren noch keine 21 Jahre alt, als sie die Ehe eingingen. Da Mann und Frau erst mit der Erreichung des 21. Lebensjahres volljährig und damit Herr ihrer eigenen Beschlüsse werden, so nimmt mit diesem Zeitpunkt der Eintritt in den Ehestand rasch zu. Im 21. Lebensjahr heirateten daher schon 35 000 Männer! Die größte Zahl der Männer geht im Alter von 22 bis 24 Jahren die Ehe ein; mit 22 Jahren heirateten rund 50 000, mit 23 und 24 Jahren sogar je rund 55 000 Männer. Die „Bräute" verteilen sich auf alle möglichen Jahresklassen, angefangen vom 15jährigen Mädchen bis hinauf zur 60- und mehrjährigen Frau.

Die Frauen heirateten nach der amtlichen Statistik im allgemeinen noch in früheren Jahren wie die Männer. Im Erhebungsjahr heirateten 45 Mädchen unter 16 Jahren; 881 mit weniger als 17 Jahren, 4220 hatten das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht; 18- und 19jährige Mädchen waren es 13 000; 19- bis 20jährige 27 000, die den Bund fürs Leben eingingen. Mit 20 Jahren beginnt für die Frauen schon eines der besten Heiratsalter; nicht weniger als 42 000 heirateten als 20jährige Mädchen Männer von 18 bis 60 Jahren und darüber! Im Alter von 22 und 23 Jahren kamen die meisten Mädchen zum Heiraten; mit 24, 25, 26 und 27 Jahren sind die Aussichten, „unter die Haube" zu kommen, aber auch noch gut; daß wird durch die 30 000 Frauen bewiesen, die noch im Alter von 27 Jahren heirateten. Mit 30 Jahren heirateten noch 16 000, mit 33 Jahren noch rund 10 000, mit 38 Jahren noch 5000, mit 40 Jahren noch rund 3300. Frauen mit über 40 bis 60 Jahren sind es aber dann immer noch rund 2000 bis 3000, die zum Heiraten kommen und auf den einzelnen Jahrgang entfallen. Die Aussichten für Frauen, doch noch geheiratet zu werden, besteht also bis ins hohe Alter hinein, waren doch 1364 Frauen 60 und mehr Jahre alt, als sie heirateten. Deren Männer waren allerdings vielfach auch schon über 60 Jahre alt. Die jüngsten Männer, die mit 60jährigen Frauen die Ehe eingingen, waren noch keine 24 Jahre alt! Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die meisten Männer im Alter von 21 bis 28 Jahren, die meisten Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren heiraten. — Nun lieber Leser und Leserin! Wenn du noch ledig bist, sitze hin und stelle deine eigenen Heiratsaussichten fest!

„Bubiköpfe dankend verbeten!"

⊡ Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der die Geschäftsherren die langen Haare ihr. Angestellten mit Mißfallen betrachteten; heute ist dies, anscheinend umgekehrt. Wenigstens deutet eine Anzeige dies an, die wir in der Berlin-Tempelhof erscheinenden Neuen Tempelhofer Zeitung finden; sie lautet wörtlich: Putzsalon stellt einige Arbeiterinnen ein. Bubiköpfe dankend verbeten. Angebote unter .....

Nachrichten aus Stadt und Land.

Murmeln, Reifen, Kreisel...

Die Frühjahrssaison der Kinderspiele.

drb. Auch das kindliche Spiel hat seine Saison, in der es bestimmte Beschäftigungsarten bevorzugt; jetzt im Frühling ist die Zeit der Murmeln, Reifen und Kreisel gekommen. Längst hat man Schlittschuhe und Schlitten wieder auf den Boden gebracht, was nicht ohne heimliche Freude der Eltern geschah, weil bei dem jugendlichen Temperament doch immerhin bei längeren Eissport-Expeditionen diverse körperliche Schäden, sowie Schäden im Hosenboden zu fürchten waren. Dafür geht jetzt eine andere Sorge los. Sie äußert sich in heftigen Finanzdebatten zwischen den Eltern und ihren Abkömmlingen.

„Du Mama, gib mir doch nen Groschen, ich muß mir einen Kreisel kaufen." — „Dafür habe ich kein Geld." — „Aber Mama! Sie haben doch alle einen Kreisel, der Otto, der Fritz und der Max, da muß ich doch auch einen haben." — „Junge, laß mich zufrieden!" — „Du Mama, ich will auch ganz artig sein." — „Junge, quäl mich doch nicht immer so furchtbar. Da hast du einen Groschen — und daß du mir um sechs Uhr zu Hause bist — und mach dir die Hände nicht wieder so schmutzig..."

Der junge Mann hüpft von dannen — zum Vater. „Du Papa!" „Was ist denn los?" „Gib mir doch 25 Pfennige! Ich will mir eine Peitsche kaufen zum Kreiselschlagen." „Junge, ich glaube, du denkst, ich bin Millionär. Eine Peitsche, die macht man sich hübsch selber, das haben wir als Jungens auch gemacht. Da nimmst du dir einen Stock und einen glatten Bindfaden — dann ist die Peitsche fertig. Und nun marsch, Abzug!" — Fünf Minuten später: „Du Mama, hast du nicht einen Stock?"

Aehnliche Vorgänge spielen sich ab, wenn es gilt, Murmeln und Reifen zu beschaffen. Und dann geht auf Straßen, Bauplätzen und Wiesen das Getümmel los. Da werden Löcher in die Erde dicht an der Häuserwand gegraben und als Murmelpott benutzt. Meistenteils sind diese Löcher so praktisch angelegt, daß sämtliche erwachsene Passanten durch das Spiel der Jungens in dem ihnen verfassungsmäßig garantierten freien Verkehr auf der Straße behindert werden. Aehnlich betätigen sich die lieben Kleinen, die den Kreisel zu schlagen belieben. Mitten auf den belebtesten Straßen treiben sie ihr Spielzeug zwischen den Beinen der Erwachsenen durch und scheuen sich auch nicht, gelegentlich und selbstverständlich aus Versehen die Beine ehrwürdiger Herren mit Peitschenhieben zu bedenken. Noch schöner ist das Reifenspiel, mit dem man geradezu zum Verkehrshindernis werden kann. Manch nichtsahnender Spaziergänger bekommt zur beginnenden Frühlingszeit solch einen Reif vor den Bauch, was der Verdauung sehr zuträglich sein soll. Die Erwachsenen schimpfen daher auch gewöhnlich weidlich über das Murmelspiel, die Kreisel und die Reifen, mit denen sich unsere liebe Jugend in der Frühjahrssaison zu beschäftigen beliebt. Aber glaubt mir, die bösen Erwachsenen tun nur so. In Wirklichkeit ist es nichts wie purer Neid.



Was kostet der Reichstag?

Die Gesamtkosten des Reichstags sind für 1926 mit rund 6½ Millionen Mark veranschlagt. Davon sollen gezahlt werden rund 3½ Millionen Mark Aufwandsentschädigungen (Diäten) an die Mitglieder des Reichstages, 300 000 Mark für die Herstellung der umfangreichen Reichstagsdrucksachen einschl. der Buchbinderarbeiten, der Beschaffung von Zeitungen und Druckschriften, 75 000 Mark für die Bücherei und 255 000 Mark für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Dienstgebäude, der Rest ist vorgesehen für Personalkosten, sächliche Bedürfnisse etc. Ein Abgeordneter erhält zur Zeit eine Aufwandsentschädigung von 618 Mark monatlich. Von Interesse ist, daß an Personal 111 Beamte, 19 beamtete und 191 nichtbeamtete Hilfskräfte für das Parlament erforderlich sind.

* Jülich, 18. März. Für das Volksbegehren zur Enteignung der Fürsten haben sich in der Stadt Jülich von 5357 Stimmberechtigten 1187 eingetragen oder etwas über 22 Prozent. Zum Vergleich sei angeführt, daß bei der ersten Reichspräsidentenwahl vor Jahresfrist in der Stadt Jülich Stimmen erhielten: Kommunisten 222, Sozialdemokraten 348, Demokraten 90, Zentrum 1828, Reichsblock 514. Das Ergebnis aus dem Kreise liegt noch nicht vor.

—* Wetterbericht. Die Temperatur stieg gestern nur bis 5 Grad und sank diese Nacht auf 2 Grad über Null. Die Aachener Wetterwarte sagt voraus: Zunächst noch vielfach heiter, später zunehmende Bewölkung und starker Temperaturanstieg.

—* Die Ziehung der Wohlfahrts-Geld-Lotterie mußte auf den 7. und 8. Mai verlegt werden. An diesem Tage findet die Ziehung bestimmt statt.

WTB. Berlin, 17. März. (Telegramm.) Ein 31 Jahre alter Asylist hatte im Asyl für Obdachlose dem Aufseher seine heiße Suppe ins Gesicht gegossen. Als er festgenommen werden sollte, suchten dies die übrigen Asylisten zu verhindern und bewarfen den Schutzpolizisten mit Steinen und Flaschen. Nachdem dieser zwei Schreckschüsse abgegeben hatte, konnte er den Asylisten ohne weiteren Zwischenfall zur Wache bringen.

⊙ Berlin, 18. März. (Telegramm.) In der Chausseestraße 26 hat sich gestern nachmittag die 15jährige Helene Halspap in der Wohnung ihrer Eltern aus Furcht vor Strafe — sie hatte einen Fünfzigmarkschein verloren — durch Leuchtgas vergiftet. Die Leiche wurde, wie der Lokal-Anzeiger meldet, nach dem Schauhaus gebracht.

Selbstmord des Betrügers Schulz?

⊙ Berlin, 17. März. (Telegramm.) In der vergangenen Nacht unternahmen Beamte der Kriminalpolizei eine Hotelstreife in der Gegend des Stettiner Bahnhofes. In einem Hotel in der Eichendorffstraße wollten sie einen Mann festnehmen, der sich nicht ausweisen wollte. Der Betreffende entfloh und als er sah, daß die Beamten ihn verfolgten, erschoß er sich auf dem Platz vor dem Stettiner Vorortbahnhof. Man fand bei dem Toten Papiere, die auf einen Versicherungsbeamten Hermann Schulz lauteten, und ein Telegrammformular, auf dem die Worte standen: „Es ist alles Lug und Trug. Ich nehme mein Geheimnis mit ins Grab." Den Blättern zufolge vermutet man, daß der Tote in Wirklichkeit der wegen Unterschlagungen gesuchte Stadtinspektor Schulz sei. Die Frau des Stadtinspektors Schulz, die bereits benachrichtigt worden ist, soll die Persönlichkeit der Leiche feststellen.

In Silber gehen die Pferde.

drb. Wer da meint, daß die durch die Lande streifenden Zigeuner arme, elende Leute seien, die nichts zu beißen und zu brechen hätten, der ist entschieden auf dem Holzwege. Die Angehörigen dieses geheimnisvollen Volksstammes haben oft mehr Reichtümer, als mancher hart arbeitende, seßhafte Bürger. Welcher Bürgersmann kann sich beispielsweise ein Kutschgeschirr mit silbernen Beschlägen leisten, wie es anläßlich einer Zigeunerhochzeit in Uetzen von dem Hauptmann der braunen Gesellschaft bei einem Sattlermeister zur Aufarbeitung abgegeben worden war. Dieses Geschirr hatte so umfangreiche, kostbare und künstlerisch ausgeführte, massiv silberne Beschläge, daß es geraume Zeit gewissermaßen als Ausstellungsobjekt bei dem Sattlermeister täglich von neugierigen Leuten besichtigt wurde.

Vereinskalender.

Kirchenchor. Heute abend 8 Uhr Probe im Marienheim. (La-

Jüngl'ngskongregation. Morgen abend 8 Uhr Generalversammlung im Heim. Alle Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

Haus Kolf

Das Haus der guten Qualitäten!

Jeden Donnerstag: in allen Verkaufsstellen!

Großer Fischverkauf

Grüne Heringe	3 Pfd.	45	Pfg.
Bratschellfisch	Pfd.	35	„
Großer Kabeljau o. K.	Pfd.	50	„
Holländ. Angelschellfisch	Pfd.	70	„
Holländ. Kabeljau o K	Pfd.	70	„
Süße Bratbückinge	Stück	15	„
Roheßbückinge, große	Stück	20	„

Marinaden in 1 Ltr.-Dosen 3 Dosen 2,00 Mk.

Frische Trinkeier	10 Stück	115	Pfg.
Frischer Kopfsalat	Stück	25	„
Frische Schlangen-Gurken	„	100	„
Riesengroß. Blumenkohl	St.	100	„

Weißkohl	Stück	50	Pfg.
Wirsingkohl	Stück	50	„
Rotkohl	Stück 40 und	80	„
Zwiebel	Pfd.	15	„
Süße Apfelsinen	10 Stück	75	„
Süße Apfelsinen	10 Stück	95	„
Süße Apfelsinen	10 Stück	145	„
Zitronen	10 Stück	95	„
Tafel-Aepfel	Pfd.	80	„
Getrocknete Pflaumen	Pfd. 50, 70,	90	„
Apfelringe	Pfd 70 und	90	„
Mischobst	„ 70 und	90	„
Aprikosen	Pfd. 125, 150,	175	„

Hausfrauen, versuchen Sie meine Margarine-Sorten.

Haus Kolf-Margarine	Pfund	65 Pfg.
Haus Kolf-Margarine Prima	Pfund	75 Pfg.
Haus Kolf-Margarine Extra	Pfund	85 Pfg.
Haus Kolf-Pflanzenbutter	Pfund	85 Pfg.
Haus Kolf-Margarine Butterfein	Pfund	100 Pfg.

Bei Einkauf von Haus Kolf-Margarine Butterfein erhält jeder Käufer eine Ueberraschung.

Kaufhaus Franz Kolf,

Jülich u. Verkaufsstellen

Fernspr. 36 Groß- und Kleinhandel Fernspr. 36



Frische Fische!

Bratschellfisch 2 Pfd. 35
Kabeljau o. Kopf „ 35
grüne Heringe 5 Pfd. 75
Roheßer 5 Pfd. Kiste 1.25

Rheinisches Kaufhaus Jülich

Hosenträger? bei Mendel.

Stärke Deine Nerven durch den Genuß des echten **Bienen-Blüten-Honigs** unserer Heimatflur!

Zu haben in der Imkerei von **J. Melchers, Linnich,** Brachelenerstraße 8, und im Feinkostgesch. **Aug. Wilms.** Ausnahmepreis, s. l. Vorrat reicht, das 1 Pfd.-Glas 1.60 Mk., bei Abnahme von 5 Pfd. an 1.50 Mk., s. leere Gläser vergüte 20 Pfg

Socken? bei Mendel.

Wie werde ich mein eigener Steuer-Berater?

Das unentbehrliche Buch der Gegenwart für Jedermann!

Herausgegeben von **Dr. jur. P. Peschka,** Steueranwalt, Köln.

Preis 2,80 Mark.

Vorrätig in der **Buchhdlg. Jos. Fischer.**



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Lesestoff

in großer Auswahl vorrätig.

Buchhdlg. Jos. Fischer.

Gottesdienst-Ordnung

in der Pfarrkirche am Feste des hl. Joseph am Freitag (19. März).

Die erste hl. Messe um 6.30 Uhr wird am Altare des hl. Joseph gelesen, um 7.15 Uhr Fastensegensmesse mit Fastenpredigt um 8.30 Uhr feierliches Hochamt.

Verdingung.

Bei der Reichsvermögensstelle Jülich werden die **kleinen Instandhaltungsarbeiten** am **23. März 1926, vormittags 11 Uhr,** auf unbestimmte Zeit öffentlich verdungen:

1. Maurerarbeiten,
2. Zimmererarbeiten,
3. Schlosserarbeiten,
4. Dachdeckerarbeiten,
5. Klempnerarbeiten,
6. Tischlerarbeiten,
7. Glaserarbeiten,
8. Malerarbeiten,
9. Tapeziererarbeiten,
10. Ofenarbeiten,
11. Installationsarbeiten.

Die Preis-, Mäuserverzeichnisse und besonderen Bedingungen liegen im Geschäftszimmer der Reichsvermögensstelle Jülich an Werktagen von 8—12 und von 2—5 Uhr zur Einsicht aus. Angebotsformular kann daselbst gegen 0,20 RM. bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift rechtzeitig einzureichen an die

Reichsvermögensstelle Jülich.

Verdingung.

Zu vergeben sind die **Anstreicherarbeiten** für 5 Einfamilienhäuser des Gem. Bauvereins im Heckfeld. Unterlagen zu 1,50 Mk. bei

Krützen, Arch., Wilhelmstraße 18.

Land.

Aldenhovenerweg, Acker, 23.45 Ar,
Giesengracht, Weide, 16,96 Ar, für **Niedermerz** gelegen;
Schleidener Limitte Acker, 30.97 Ar, für **Dürboslar** und **Niedermerz** gelegen,
zu verkaufen. Angebote nimmt entgegen

Aldenhoven. **Theodor Berg.**
Telefon Nr. 89.

Damenstrümpfe
schwarz u. sämtl. Modefarben, Flor, Macco, Seidenflor, Cachmir, Seide

Herrensocken
Wolle, Macco, Seidenflor, Cachmir

Kinderstrümpfe
alle Größen, schwarz, farbig, weiß, Wolle und Baumwolle

Damen- und Kinder-Korsetts, Hüfthalter, Büstenhalter, Schlupfhosen, **Seiden-Trikot-Röcke**
auch für starke Damen

Küblers gestrickte Knaben-Anzüge
alle Größen vorrätig.

Billigste Preise. Größte Auswahl.

Geschw. Elkan

Kapuzinerstr. 1 Jülich Kapuzinerstr. 1.



Habe ständig große Auswahl in erstklass.

Reit- und Wagen-Pferden

zu verkaufen.

Ludwig Leufkens,
Pferdegeschäft,
Brand b. Aachen,
Telefon 4439.

Canada-Pappeln

fortlaufend zu kaufen **gesucht.**

Anton Lutter, Jülich.
Telefon 238.

Rheika

Getrocknete Früchte

Viel billig. wie frisches Obst weil sie, 24 Stunden vor dem Genuß eingeweicht, die drei- bis vierfache Gewichtzunahme ergeben.

Direkter Groß-Import aus Amerika!

Apfelringe	Pfund	0.85	Bohräpfel	Pfund	1.00
Aprikosen	„	1.20	Birnen	„	1.40
Pfirsiche	„	0.75	Pflaumen	„	0.40

Mischobst alle Früchte gemischt, verlangt Kochrezepte! Pfund **0.90**

Californische Rosinen Pfund **0.50**

Nudeln

Eier-Bandnudeln	Pfund	0.50	Maccaroni	Pfund	0.55
Gemüsenudeln	„	0.40	Suppennudeln	„	0.55

Fisch-Marinaden

Rollmöpse, Bratheringe, Kronsardinen, Heringe in Gelee — **1 Liter-Dose = 2 Pfund** **0.78**

Limburger Käse fett u. speckig, in der ganz. Stange Pfd. **0.70**

Rheinisches Kaufhaus
für Lebensmittel · Cornelius Stüssgen ·

Markt Jülich Markt

Öffentliche Mahnung.

Am 15. März 1926 war die **letzte** Monatsrate der staatlichen **Grundvermögens-** und **Hauszinssteuer** fällig. Sowohl der **weiße** als auch der **gelbe** Steuerzettel müssen also ausgezahlt werden, soweit keine Stundung erfolgt ist.

An die Zahlung wird hiermit erinnert. Die Schonfrist läuft am **22. dieses Monats** ab. Nach diesem Tage muß die zwangsweise Beitreibung erfolgen.

Jülich, den 17. März 1926.

Stadtkasse Jülich.
Gemeindekasse Hambach.

Stores, große Auswahl, von **1.40** an
Etamin, 150 cm breit, **1.00**
Gardinen-Voile, Scheiben-Gardinen,
Emil Hermes, Baierstr. 2.

Korsetts, Hüftgürtel
Büstenhalter
Macco-Unterzeuge
Schlupfhosen
Feston-Spitzen
sämtliche Kurzwaren
zu **billigen Preisen.**
Berta Wolff,
Jülich, Düsseldorferstr. 5.

Hosen? bei Mendel.

Tapeten!
Größte Auswahl, billigste Preise.
Carl Weck jun.

Ich kaufe
ständig **Roßhaar** aller Art zu höchsten Preisen.
H. Mülstroh.

Palmkuchen
(prima Qualität) empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Lambert Watrin,
— Ameln, Fernruf 5. —

Geschäfts-Bücher

in allen Liniaturen vorrätig.
Buchhandlung Jos. Fischer.

Namenstags-Postkarten
in großer Auswahl vorrätig.
Buchhandlg. Jos. Fischer

Universal-Mittel
Hermanns-Kräuter-Extrakt.
Sicherste Vorbeugung g. Erkrank. Zahlr. Dankschr.
Best. z. h. Kauthaus-Drog. **Meeßen.**

Vorbereitungsbücher
auf die
1. hl. Kommunion.

Alphonsa, Engelgeschichten für unsere kleinsten Kommunionkinder
Preis 20 Pfg.

Silesia, Lasset die Kleinen zu mir kommen.
Preis 1.50 Mark.

Heim, Der große Tag naht heran.
Preis 1.80 Mark.

Clementis, Blumenengel, Blumensprache.
Preis 2.50 Mark.

Vorrätig in der
Buchhandlg. Jos. Fischer.

Parkettböden.
J. Hansen,
Aachen, Telefon 3889.
Zimmertüren.

Strümpfe? bei Mendel.

Eine neue Schlagtarre
zu verkaufen.
Meyburg, Barmen.



Wohnhaus,
Einfamilienhaus, preiswert zu verkaufen.
Jülich, Mariengartenstr. 19.

Schultornister
von M. 2.50 an
H. Mülstroh.

Dauerwäsche? bei Mendel.

Schöner
Jagdwagen,
in bestem Zustande abzugeben
Wo sagt die Geschäftsst.

Großer Kinder-Wagen
(Brennabor) fahrbar. Kinderkorb und 1 Waschmaschine zu verkaufen. Baierstr. 2.

Violinsaiten,
Kolofonium, Stimm-Gabeln sowie **Stege**
zu haben.
Buchhdlg. Jos. Fischer.

Junger, kräft.
Arbeitsochse
zu verkaufen.



Krauthausen Nr. 13.



Eine junge hochtragende **Kuh**
zu verkaufen.
Welldorf Nr. 100.

Die Zentrumspartei des Kreises Jülich

ladet hiermit die Mitglieder des Kreis-ausschusses ein zu einer **Sitzung** am Dienst **den 23. März 1926, nachm. 4 Uhr,** in Wirtschaft **Lürken,** Jülich, Bayerstraße. handelt sich um Ergänzungswahlen, da satzungsgemäß der Vorstand teilweise erneuert werden muß und für ein ausscheidendes Kreistagsmitglied der Nachfolger zu bestimmen ist.

Alle Ortsgruppen werden daher gebeten, Kreisparteiausschußsitzung zu beschicken.

Mit Parteigruß!
Der Vorstand.

Stellmacher-Innung des Krs. Jülich

Die Gesellenprüfung für das Stellmacher-Handwerk findet statt vom 15.—30. April. Anmeldungen mit Gesuch um Zulassung zur Prüfung, Lebenslauf, Zeugnis der Fortbildungsschule und des Lehrherrn sind zu richten an

Theo Loggen,
Obermeister.

Saattartoffeln,

Holl. Erstlinge,
Orig. Juli-Nieren,
Odenwälder Blaue,
sowie alle Düngemittel,
Ammoniak, Kali, Thomasmehl,
A.-S. 7 X 9 und 9 X 9,
Klee- und Runkelsamen,
Original Saathafer
empfehlen ab Lager. Bestellungen auf **Kalkstickstoff** nehmen entgegen.

Faßbender & Keutmann,
Gr. Rurstr. 40. Jülich. Fernruf 35.

In bekannt feinster Qualität empfehle diese Woche



Bratschellfisch, Goldbarsch, grüne Heringe, gew. Stockfisch, großer Schellfisch und Kabeljau, auch im Schnitt. Salm, wie Rheinsalm im Schnitt, Pfd. nur 2.50.

Echte süße Monikendamer

Bratbückinge,
Stück 15, 10 Stück 1.40
süße holl. 10 Stück 1.10
Rohesser Stück 20 Pfg.
Bratbückinge u. Rohesser treffen jeden Montag u. Donnerstag frisch ein.

ff. holl. Vollheringe,
10 Stück 75 und 1.10.
Echte engl. Matjes
(Castlelay) Stück 25.

● Käse ●
in bekannt feinsten Qualitäten u. billigst,
unter anderm
ff. Edamer, saftig u. fett,
ff. Holländer, saftig und fett,
in 1/1 Kugeln 1/1 u. 1/2 Laiben Pfd. nur **90**

Apfelsinen
in feinster u. größter Auswahl,
10 Stück 45, 60, 80, 1.—, 1.40, ferner
Mandarinen, Eitronen, Aepfel, Tomaten, Bananen. Trauben, Blumenkohl, Kopfsalat usw.

Hellmann.

Goldene Trauringe



aus einem Stück geschmiedet, nicht gelötet. Das Beste was existiert. In allen Größen vorrätig.
Martin Wolff, Jülich
Markt 9, Ecke Marktstraße

Mützen? bei Mendel.

Ein ordentlicher, fleißiger
Junge,
am liebsten vom Lande, der auch etwas im Garten helfen kann gesucht. Es wird auch ein Gartenarbeiter gesucht.
Apotheke **Berchem.**

Junge
der Ostern aus der Schule entlassen wird, in Landwirtschaft gesucht.
Wo sagt die Geschäftsst.

Kräft. Junge
sucht Stelle als Stellmacherlehrling.
Wer sagt die Geschäftsst.

Tüchtiger Ackerknecht
für sofort gesucht.
Johann Hoven,
Kirchberg 86.

Mädchen
von 15—16 Jahren für kl. Haushalt sof. gesucht.
Frau **Math. Gens,**
— Aldenhoven. —

Münchener farbige Bilderbogen
vorrätig.
Buchhdlg. Jos. Fischer.

Tüchtiges und treues
Mädchen
kath., kinderlieb, mit guten Zeugn., für alle Hausarbeit ges. Waschfrau vorhanden.
Frau **Peter Rumpen,** Aachen
Adalbertsteinweg 222.